

Wöchentlich 88 Pf., monatlich 3,60 M.
Im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M.
ein jährlich 60 Pf. Verteilungs- und
72 Pf. Postbeleggebühren. Auslands-
abonnement 6.— M. pro Monat; für
Länder mit ermäßigtem Drucklohn
porto 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“ illustrierte Beilage „Welt
und Zeit“ Ferner „Frauenstimme“,
„Tschul“, „Bild in die Bühnenwelt“,
„Jugend-Vorwärts“ u. „Stabellage“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dienstag
10. Februar 1931
Groß-Berlin 10 Pf.
Ausswärts 15 Pf.

Die einseitige Konparellverle
80 Pfennig. Restamettele 4.— Reichs-
markt „Kleine Anzeigen“ das stes-
druckte Wort 25 Pfennig (schliffig zwei
seitgedruckte Worte), jedes weitere Wort
12 Pfennig. Stellenangebote das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite
40 Pfennig. Anzeigenannahme im Haupt-
geschäft Lindenstraße 3, wochentlich
von 9/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhof 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Et. 3. u. Disc.-Ges., Depositentk., Jerusalemstr. 65-66.

Niederlage der Parlamentsfeinde

Änderung der Geschäftsordnung beschlossen

Bereinigte Obstruktion der Hitler—Thälmann—Hugenberg gebrochen

Die Reichstagsausprache über die Maßnahmen zur
Änderung der Geschäftsordnung, die um 16 Uhr ihren
Anfang genommen hatte, zog sich bis in die zwölfte Abend-
stunde hin. In einer bewegten, an Zusammenstößen, Ab-
stimmungen und Geschäftsordnungsansprachen sehr
reichen Sitzung wurde schließlich nach Abschluß der Aus-
sprache ein Antrag des Zentrums angenommen, über
sämtliche Änderungsanträge zur Tagesord-
nung überzugehen.

Die Änderung der Geschäftsordnung gemäß dem
Antrag des Abg. Bell wurde schließlich mit 303
Stimmen beschlossen.

Die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die Kommu-
nisten versuchten vergebens, die Verabschiedung der Abänderung der
Geschäftsordnung durch Obstruktion zu verhindern. Beim Be-
ginn der Sitzung um 3 Uhr nachmittags gelang es ihnen zunächst
mit Erfolg, das Haus beschlußunfähig zu machen. Eine
Stunde später jedoch war eine festgeschlossene Arbeitsmehrheit vor-
handen, die alle weiteren Obstruktionsoversuche vereitelte.

Die Führung der Obstruktion lag in den Händen der
Nationalsozialisten, namentlich des nationalsozialistischen
Vizepräsidenten Stöhr.

Die kommunistische Fraktion ordnete sich der Führung durch
Herrn Stöhr und seine nationalsozialistischen Freunde vollständig
unter.

Auf das Kommando der erbittertesten Feinde der Volksrechte und der
Arbeiterklasse schwenkte sie jedesmal geschlossen ein!

Die Mehrheit setzte allen Sabotageversuchen eiserner Ruhe und
festen Willen entgegen. Alle Versuche, durch wildes Geschrei die

Verhandlungen zu sprengen, vereitelte Reichstagspräsident Löss-
e durch straffe Führung der Geschäfte. Mehrere Kommunisten und
Rationalsozialisten wurden von der Sitzung ausgeschlossen.

Unmittelbar vor der Gesamtstimmung über den Antrag Bell
zur Änderung der Geschäftsordnung erklärte Stöhr für die
Nationalsozialisten, daß seine Fraktion sich an der
Schlußabstimmung nicht beteiligen werde. Nach Ver-
anstaltung eines Sprechchors und Absingen des Horst-Wessel-Liedes
verließen die Nationalsozialisten unter dem Gelächter der Mehrheit
den Saal.

Während die Nationalsozialisten Mägen den Saal verließen,
ließen sich die Kommunisten im Sprechchor: „Hitler verrecke!
Prolet erwache!“ Dieser Sprechchor rief bei den Sozialdemo-
kraten große Heiterkeit hervor.

weil ja die Kommunisten während der ganzen Sitzung immer
nur genau das getan haben, was die Hitlerpartei wollte.

Und richtig, kaum war der Ruf „Hitler verrecke“ verhallt, so erklärte
auch schon Stöhr, daß sich die Kommunisten dem Vorgehen
der Hitlerpartei anschließen und gleichfalls den Saal
verlassen. Die Kommunisten zogen darauf stumm unter großer
Heiterkeit ab.

Der Antrag Bell wurde dann mit 303 Stimmen angenommen.
Da die Opposition den Saal verlassen hatte, stimmte niemand
dagegen.

Noch während die Opposition außerhalb des Saales war, wurde
die Beratung der Abänderung des Pressegesetzes und der Immuni-
tätsfälle verbunden. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte
wurde eine Redezeit von einer Stunde festgesetzt. Als erster Redner
sprach der Abgeordnete Kardorff.

(Bei Redaktionsschluss geht die Sitzung weiter.)

Im Reichstag hat gestern eine entscheidende Auseinander-
setzung zwischen der Arbeitsmehrheit und den Feinden des
Parlaments begonnen. Die Sitzung begann um 3 Uhr nach-
mittags, und nach Mitternacht war sie noch nicht beendet.

Die Feinde des Parlaments — Nationalsozialisten,
Deutschnationale und Kommunisten kämpften mit allen Mitteln
der Obstruktion, die Mehrheit verfolgte unbeirrt ihren
Weg.

Worum wird gekämpft? Die Mehrheit will durch eine
Änderung der Geschäftsordnung die Arbeitsfähigkeit
der deutschen Volksvertretung sicherstellen. Die
Obstruktion will den Reichstag lahmlegen. Die Mehrheit will ar-
beiten, die Obstruktion will sprengen. Die Mehrheit will im
Parlament notwendige Gesetzgebungsarbeit vollziehen, die
Obstruktion will das Chaos als Einleitung zum Bürgerkrieg.

Kommunisten und Nationalsozialisten schreien gemeinsam
über „Bergewaltigung“. In keiner Weise wird durch die An-
träge der Mehrheit ein Volksrecht oder ein Parlamentsrecht
bedroht. Im Gegenteil, das Parlament soll geschützt werden
gegen jene, die es zur Schandenherabwürdigen wollen!

Die Sozialdemokratie würde niemals die Hand dazu
bieten, die von ihr in jahrzehntelangen opferreichen Kämpfen
errungenen demokratischen Freiheiten preiszugeben. Bei der
umkämpften Änderung der Geschäftsordnung geht es aber
gerade darum, diese demokratischen Freiheiten vor weiterem
hemmungslosen Mißbrauch zu schützen und einen Damm gegen
alle Bestrebungen zu errichten, die die Verleugung des deut-
schen Volkes zu einer Tummeisstätte von Berleumdern und
Gassenbuben machen wollen!

Zunächst soll dem Mißbrauch ein Ende gemacht werden,
der wiederholt mit falschen Vertrauensanträgen
getrieben worden ist. Künftig wird die Vertrauensfrage in
folgender Form zu stellen sein: „Der Reichstag entzieht der
Reichsregierung das Vertrauen“. Dieser Vertrauensantrag
kann auch auf einzelne Mitglieder des Reichskabinetts bezogen
werden. Vertrauensanträge sollen nicht mehr in den Aus-
schüssen, sondern nur noch im Plenum des Reichstags einge-
bracht werden. Interpellationen dürfen nur in Inhalt und in
Form so gestellt werden, daß sie keine Beleidigungen darstellen.
Es muß also in sachlicher Weise die Angelegenheit dargestellt
sein, über die die Regierung Auskunft geben soll.

Die zweite Gruppe der Anträge betrifft die Eindringung
von Anträgen, die mit finanziellen Auswirkungen
verbunden sind. Bisher war es möglich, lediglich aus partei-
agitatatorischen Gründen Forderungen zu erheben, ohne daß die
Antragsteller sich über die Beschaffung der dafür notwendigen
Mittel Sorge zu machen brauchten. Nunmehr muß jeder An-
trag, der eine Erhöhung der Ausgaben oder eine Senkung der
Einnahmen beabsichtigt, mit dem dazu gehörigen Titel des
Haushalts verbunden sein, zugleich aber ist anzugeben, in
welcher Weise der finanzielle Ausgleich vorge-
nommen werden soll. Das Ganze wird zusammen beraten,
aber auch nur dann, wenn die Reichsregierung die vorge-
schlagene Deckung als richtig anerkennt. Kechnliche Vorschriften
gelten auch in anderen Parlamenten, das englische Unterhaus
geht darin noch sehr viel weiter!

Die Maßnahmen, die gegen den Mißbrauch der
Immunität getroffen werden sollen, bilden die dritte
Reihe der zur Beratung kommenden Anträge. Dem Reichs-
tag liegen bereits rund 400 Anträge vor, die sich auf
strafbare Handlungen einzelner Abgeordneten beziehen. Sie
wurden entweder von Fraktionen gestellt, die die Einstellung
von Strafverfahren verlangen; oder sie gehen von Behörden
aus und ersuchen den Reichstag um die Genehmigung zur
Einleitung und Durchführung von Strafverfahren. Die Im-
munität ist dazu da, die unge störte Arbeit des Parlaments zu
schützen; sie soll aber auch den einzelnen Abgeordneten davon
bewahren, daß er wegen seiner parlamentarischen Tätigkeit
zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden kann. Beide
Voraussetzungen treffen hier schon deshalb nicht zu, weil alle
strafbaren Handlungen, für die jetzt Immunität bewilligt

Für Arbeitsfreudung!

Die Geschäftsführer der Verlagsbetriebe der SPD.

Eine Konferenz der Geschäftsführer der Verlags-
betriebe der Sozialdemokratischen Partei nahm zu dem
Konflikt im Buchdruckgewerbe folgende Entschlie-
ßung an:

Die am Montag, dem 9. Februar 1931, tagende
Konferenz der Geschäftsführer der sozialdemokratischen
Druckerei- und Verlagsbetriebe hatte erwartet und ge-
wünscht, daß der Schiedsspruch für das Buchdruckgewerbe
auch eine Verkürzung der Arbeitszeit vorsieht.
Die starke Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe fordert
dringend eine Verkürzung der Arbeitszeit. Sie ist auch
durchführbar, wenn sie für das ganze Gewerbe
beschlossen wird.

Es ist wünschenswert, daß vor der Verbindlichkeits-
erklärung des Schiedsspruches die zuständigen Instanzen
die vorliegenden Vorschläge auf Verkürzung der Arbeits-
zeit noch einmal überprüfen und das Buchdruck-
gewerbe durch eine entsprechende Entscheidung endlich
für die gesamte Wirtschaft ein Beispiel gibt, das
geeignet ist, die unerträglichen Zustände auf dem Arbeits-
markt zu mildern.

Frankreich wird Deutschland helfen.

Beschluß des Kabinetts Laval.

Paris, 9. Februar. (Eigenbericht.)

Die Aufregung der Ueberpatrioten über die Be-
teiligung französischer Banken an der Ausbringung des Zwischen-
kredits für Deutschland hat sich überraschend schnell ge-
legt. Die Regierung Laval hat am Montag in einem außerordent-
lichen Ministerrat nicht nur die Mitwirkung des französischen Kapitals
an dieser Kreditoperation gebilligt, sondern darüber hinaus nach den
Kommentaren, die in parlamentarischen Kreisen im Umlauf sind,
ihre

Unterstützung auch für alle ähnlichen Solidaritätsbemühungen
zugelagt.

Das wird allerdings nicht hindern, daß die patriotischen Inter-
pellanten Wandel, Franklin, Bouillon und Dumat am
Dienstag in der Kammer ihre Nichtstimmung in mehr oder minder
großer Leidenschaft durch Reden Luft machen. Ihre Worte werden
aber keinen Nachhall finden und nur isolierte Demonstrationen bleiben.
Die erste Wirkung zeigt sich schon in der Presse. Die nationalistische
„Liberté“, die am Sonntag noch mit Entrüstung gegen die Kredit-
operation protestiert hatte, erklärt am Montag, daß die ganze patrio-
tische Ausfragung von den Parteien der Opposition künstlich gezeugt
worden sei, um der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten.

In der Finanzkommission der Kammer erklärte Finanzminister
Frankland am Montagnachmittag, daß die Regierung Steeg
schon am 13. Januar die Genehmigung zur Kreditbeteiligung der
französischen Banken gegeben habe, daß aber die Verhandlungen
darüber

noch unter der Regierung Lardieu

begonnen hätten. Weiter betonte der Minister, daß es sich um einen
verhältnismäßig geringfügigen Kredit handle. Die französi-
schen Banken hätten nur ein Drittel der Gesamtsumme, rund
250 Millionen Franken, auszubringen. Außerdem stien alle
wünschenswerten Garantien gegeben.

In der Vinspresse wird die Kredithilfe der französischen Banken
als der erste notwendige Schritt der internationalen Be-
tätigung der Solidarität gebilligt. Dabei kommt im Lager der Linken
deutlich zum Ausdruck, daß sich diese Aktion nicht nur in gelegentlicher
finanzieller Nothilfe auswirken darf, sondern daß es darüber
hinaus notwendig sei, die nationalen Forderungen Deutschlands
sachlich und wohlwollend zu prüfen, sofern sie nur in ent-
sprechend ruhiger Form vorgebracht würden.

Moskau nimmt Einladung an.

Zur Waisagung des Eurovo-Komtees.

Moskau, 9. Februar.

Volkskommissar Litwinow richtete am Montag
eine Note an den Völkerbund, in der er mitteilt,
daß die Regierung der Sowjetunion sich bereit er-
klärt, an der Tagung des Europäischen Aus-
schusses teilzunehmen.

Die Sturmsitzung.

Reichstagsitzung von Montag bis Dienstag.

werden soll, vor dem Zusammenritt des Reichstags, also in der parlamentslosen Zeit, begangen worden sind. Die Aufhebung der Immunität würde im wesentlichen Halenkreuzler und Kommunisten treffen; denn unter den rund 400 Anträgen auf Straffreiheit befinden sich nur ganze neun Fälle, von denen Abgeordnete aus allen anderen Parteien betroffen sind.

Die Aufhebung der Immunität bedeutet nicht, daß die betroffenen Abgeordneten ihrer parlamentarischen Tätigkeit entzogen werden. Sie bedeutet nur, daß sie sich vor Gericht verantworten sollen! Dem Zustand muß ein Ende gemacht werden, daß Hunderte von Beleidigten gegenüber wüßtester Verleumdungen durch Abgeordnete vogelfrei sind!

Sollten bei der Durchführung von Strafverfahren gegen Abgeordnete Freiheitsstrafen erhängt werden, so würde der Reichstag zunächst noch einmal über die Durchführung der Strafe zu entscheiden haben.

Schließlich soll noch das Pressegesetz dahin geändert werden, daß kein durch parlamentarische Immunität geschützter Abgeordneter periodisch erscheinende Druckschriften als verantwortlicher Redakteur zeichnen darf. Es hat sich der Zustand herausgebildet, daß in der nationalsozialistischen wie in der kommunistischen Presse die schwersten Verleumdungen abgedruckt wurden, ohne daß die Angegriffenen sich zur Wehr setzen konnten, weil als verantwortliche Redakteure Abgeordnete zeichneten, die nicht vor Gericht gestellt werden konnten. Es ist häufig vorgekommen, daß ein und derselbe Abgeordnete eine ganze Anzahl von Zeitungen als angeblich verantwortlicher Redakteur zeichnete, obwohl er diese Blätter niemals zu Gesicht bekam. Auch mit diesem Unfug soll jetzt ausgeräumt werden.

Darum geht der Kampf! Die Feinde der parlamentarischen Demokratie sind von einer Arbeitsmehrheit in die Verteidigung gedrängt worden. Statt der Aussicht auf den Zusammenbruch des Reichstags und den Ausbruch des Bürgerkriegs sehen sie die Aussicht auf die eigene Niederlage vor Augen!

Die Hitler und Hugenberg wollen dem Volke das Recht rauben, sich selbst zu registrieren, und die Kommunisten leisten ihnen dabei blindlings Gefolgschaft. Die Arbeiter gegen die Volksrechte sind gestern auf entschlossenen und erfolgreichen Widerstand gestoßen, sie haben eine Niederlage erlitten. Der Kampf um die Rechte des Volkes geht weiter — und der ersten Niederlage der Bürgerkriegsparteien werden weitere folgen!

Reederkapital und Vaterland.

Die Reichsflagge gestrichen — das Reich wird beschimpft.

Die Eingiehung der deutschen Handelsflagge auf einem deutschen Dampfer und ihre Erhebung durch die Flagge einer mittelamerikanischen Schmelzrepublik von Dollars Gnaden, ist ein so ungeheurer Verstoß gegen die deutsche Nationalität, daß man annehmen sollte, die Botenwächter der „Belange des Vaterlandes“ werden vor Entrüstung überhäumen.

Nichts von alledem; das alldemische Degan, die „Deutsche Zeitung“, pflegt als Steigbügelhalter der Halenkreuzler jede Gemeinheit vorzubringen, um die größte Partei der deutschen Republik als vaterlandslos und landesverräterisch hinzustellen. Aber angesichts des offenen Flaggenserrats durch den Hamburger Reeder findet sie jede Entschuldigung, denn:

Der ganze Vorfall ist bezeichnend für die toten Zustände, in die Deutschland unter dem ungeheuerlichen Druck des Young-Plans und der marxistischen Wirtschaftszerstörung gerät.

Kein Wort der Mißbilligung gegen den Landesverrat, kein Wort des Tadelns gegen den Anschlag auf die Arbeitsrechte der Schiffmannschaften — nur ein neues Quoten gegen „marxistische Wirtschaftszerstörung“!

Noch schweigsamer ist die Krausenbergs-Presse, das Agrarierblatt, die „Börsenzeitung“, die „NDZ“. Alle, die sonst über die Nation und ihre Weltgeltung mit dem tiefsten Schwere der Druckschwärze patriotisch dahertrotzen, angefaßt der offenen Verhöhnung der nationalen Flagge verächtlich ihnen die sonst so bliesedlich beredte Sprache.

Aber gerade diesen Schweigen ist berechtigt: Sagt es doch nichts anderes, als daß das Vaterland für gewisse Kreise sofort die Geltung verliert, wenn der Profit gefährdet ist.

Simons und Moritz.

Was ein Reichsgerichtspräsident a. D. für Tatsachen hält.

Reichsgerichtspräsident a. D. Simons veröffentlicht nunmehr den Brief, den er an den Verleger J. F. Behmann über das Verleumdungsbuch des Zarnow-Moritz geschrieben hat. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Behmann! Besten Dank für Ihr Schreiben vom 17. Dezember und das gleichzeitig überhandte Buch „Geheime Justiz“. Ich habe das Buch mit sehr bitteren Gedanken gelesen, und zwar in großen Absätzen, weil die Weisheitszeit mir statt Ruhe verstärkte Unruhe und Arbeit gebracht hat; auch bin ich noch nicht ganz damit zu Ende. Es wird mir nicht leicht, dieses Buch öffentlich zu besprechen, weil ich nicht ohne Vorbehalte in die Kerbe hauen kann, die es geschlagen hat. Die deutsche Justiz ist weder so nachgiebig noch so gefesselt, wie sie der Verfasser darstellt; aber die Tatsachen, die er anführt, lassen sich nicht leugnen und fordern zu energischer Heilung des Krebschadens heraus, der sich darin offenbart. Zur Zeit bin ich durch Reisen, Vorlesungen und Arbeiten aller Art so belastet, daß ich bitten muß, mir für die Besprechung noch einige Frist zu geben.“

Die „Tatsachen“, die das Buch anführt, sind Verleumdungen. Selbst rechtsstehende Politiker, die in den Untersuchungsausschüssen mitgewirkt haben, die das Buch heranzieht, erklären, daß diese Tatsachen nur die Aufwärmung von widerlegtem Schwindel darstellen.

Zarnow-Moritz hat sich bisher nicht einmal bemüht, den Wahrheitsbeweis für seine Verleumdungen zu führen — dafür ist seine Person und sein sogenanntes Material in der Öffentlichkeit und vor Gericht eingehend beleuchtet worden.

Der Herr Reichsgerichtspräsident a. D. scheint seine Kenntnisse über die „Tatsachen“ nicht aus den Protokollen der Untersuchungsausschüsse, sondern lediglich aus diesem Verleumdungsbuch zu beziehen!

Der Reichstag hatte am gestrigen Montagnachmittag starken Polizeischutz im Hause und in seiner Umgebung, um Störungsvorfällen vorzubeugen. Die Sitzung wurde um 15 Uhr vom Präsidenten Löbe eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung bezeichnete Abg. Stöcker (Komm.) den Antrag der Regierungsparteien auf Zurücknahme der Ausschuhüberweisung einer Anzahl neuerer Anträge auf Genehmigung zur Strafverfolgung von Reichstagsmitgliedern als Bruch der Geschäftsordnung und der Praxis des Hauses. Während man sonst jeden Antrag an den Ausschuh verweist, will man hier sofort im Plenum die betreffenden Abgeordneten der Justiz ausliefern. Wir verlangen die Abweisung dieses unzulässigen Antrags von der Tagesordnung.

Die Halenkreuzler waren, wie immer bei Reden von „Marxisten“, hinausgegangen, eilten aber jetzt in den Saal, da Abg. Stöcker (Komm.) Vertagung beantragte, damit der Vellestentrot aufs neue versuche, die bisher nicht gelungene Einigung darüber herbeizuführen, ob heute wirklich die Reform der Geschäftsordnung verhandelt werden solle.

Gleich darauf verläßt die Rechte wieder den Saal. Stöcker hat die Beschlussfähigkeit bezweifelt. Um sie festzustellen, ordnet der Präsident die Abgabe weißer Abstimmungskarten an. Die im Saal verbliebenen Kommunisten geben keine Karten ab.

Die Auszählung ergibt die Anwesenheit von 276 Mitgliedern. Zur Beschlussfähigkeit sind 289 erforderlich, sie ist also nicht vorhanden.

(Großer Jubel rechts, Rufe „Meiste“, Händeklatschen.) Der Präsident hebt die Sitzung auf und ordnet um 15.20 Uhr die nächste Sitzung auf 16 Uhr mit der gleichen Tagesordnung an. Die zweite Sitzung begann mit Versäpung um 16.20 Uhr.

Abg. Stöcker (Komm.) wiederholt seinen Vertagungsantrag und bezweifelt wiederum die Beschlussfähigkeit des Hauses.

Es werden 291 Karten abgegeben, das Haus ist also beschlussfähig. Stöcker winkt seine Wannen heran, doch bleibt sein Antrag in der Minderheit, ebenso der Antrag Stöcker.

Es beginnt.

Die Beratung der Geschäftsordnungsreform.

für die der Präsident ½ Stunde Redezeit vorschlägt. Die Opposition beantragt zwei Stunden.

Die Behauptungen der Abgg. Gottheiner (Dnat.) und Stöcker (Komm.), daß die Reform verfassungswidrig sei, findet den lauten Widerspruch der Mehrheit. Stöcker beantragt, daß zunächst eine Generaldebatte geführt wird und zu jedem der Anträge aus dem Hause eine Viertelstunde Redezeit pro Fraktion sowie namentliche Abstimmung darüber. Die Abstimmung ergibt die Ablehnung mit 297 gegen 170 Stimmen. Ein Antrag Gottheiner (Dnat.) auf 1½ Stunden Redezeit wird mit 294 gegen 91 Stimmen abgelehnt.

Als der Abg. Effer (Z.) an den Präsidenten herantritt, um etwas mit ihm zu besprechen, rufen die Nazis im Chor: „Schlebung!“ Präsident Löbe: Ich hoffe, daß Sie diesen Jurist nicht auf ein Mitglied des Hauses beziehen. (Chor der Nazis: Nein! Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Frick (Komm.) verweist auf die Redezeitbestimmung der Geschäftsordnung, wonach die Redezeit mit Zustimmung des Kellerterrates unter eine Stunde abgekürzt werden kann. Er beantragt Veränderung des Kellerterrates, dazu Vertagung der Plenarsitzung und namentliche Abstimmung.

Abg. Effer (Z.) wird von der äußersten Rechten und äußersten Linken mit so andauernden Rufen „Schlebung“ empfangen, daß der Präsident mit Ausweisung droht, wenn nicht Ruhe einträte. Effer führt aus, da der eben gehörte Vorstoß Fricks sich gegen den jahrelangen Brauch des Hauses richte, die Redezeit auch ohne Beschluß des Kellerterrates abzukürzen, sei es an der Zeit, auch mit einem anderen Beschlusse zu machen, der jetzt zu schwerem Mißbrauch benutzt werde. § 105 der Geschäftsordnung sage nämlich, daß auf Antrag von 50 Mitgliedern namentliche Abstimmung beschlossen werden könne.

Effer beantrage deshalb, daß in Zukunft namentliche Abstimmung nur auf Beschluß des Hauses vorzunehmen sei.

(Erregte Protestrufe der Opposition.)

Abg. Stöcker (Komm.) kündigt für den Fall, daß dem Antrag Effer stattgegeben und mit einem jahrzehntelangen Brauch des Hauses gebrochen werde, den casus belli an. (Heiterkeit der Mehrheit, Händeklatschen der Nazis.) Er beantragt sofortige Unterbrechung der Sitzung und Zusammenritt des Kellerterrates.

Präsident Löbe macht den Vermittlungsvorschlag, daß Frick und Effer ihre Anträge zurückziehen.

Abg. Dr. Frick (Komm.) ist dazu bereit, wenn die einstündige Redezeit, die nach der Geschäftsordnung die Norm ist, zugelassen wird.

Abg. Torgler (Komm.) spricht von Repressalien der Mehrheit gegen die Opposition. Im Kellerterrat habe Präsident Löbe vor einigen Wochen angeregt, daß der Geschäftsordnungsausschuh dem § 105 die Form geben solle, die dem ständigen Brauch entspricht, daß nämlich auf Verlangen von 50 Mitgliedern namentlich abgestimmt wird.

Abg. Dr. Gottheiner (Dnat.) verlangt namentliche Abstimmung über den Antrag Effer, der die Grundrechte der Minderheit vergrößert.

Abg. Dr. Bell (Z.) behauptet unter lebhaftem Widerspruch, daß im alten Reichstag so verfahren worden sei, wie Effer jetzt beantragt. Im übrigen sei der Zeitpunkt gekommen, dem Mißbrauch der Geschäftsordnung entgegenzutreten.

Auf die Frage des Präsidenten Löbe, ob Effer nun nach der Erklärung Fricks seinen Antrag zurückziehe, erklärt Abg. Effer (Z.): Ich halte meinen Antrag aufrecht. (Erregte Protestrufe der Opposition.)

Abg. Stöcker (Komm.) beantragt nunmehr wiederum Vertagung, damit der Kellerterrat beraten könne. Durch das Vorgehen Effer werde eine Atmosphäre geschaffen, in der nicht mehr zu arbeiten sei.

Präsident Löbe

erwidert auf die Behauptung, die Minderheit solle mundtot gemacht werden, daß zweimal eine Sitzung mit sachlicher Tagesordnung angelegt worden ist, die Minderheit aber die Absicht der Mehrheit dauernd vereitelt. (Beifall Zustimmung der Mehrheit.) Dann empfiehlt der Präsident dem Hause, die einstündige Redezeit zu bewilligen, da es schließlich gleich sei, ob ½ oder eine ganze Stunde.

Dauertrach mit Ausschließungen.

Demgemäß wird beschlossen und nunmehr begründet Abg. Dr. Bell (Z.) die bekannten Anträge der Mehrheitsparteien auf Veränderung der Geschäftsordnung. Trotz aller Mahnungen des Präsidenten lärmt die Opposition so, daß der Redner fast unverständlich bleibt. Zwischen die Thoborber-Rufe mischen sich Rufe „Versalles! lauter, lauter!“ Schließlich schwillt das Gemurmel zum Gejohle an.

Präsident Löbe weist den Abg. Mufsal wegen dauernder Störungen der Verhandlungen auf drei Tage aus dem Hause.

(Lebhafter Beifall der Mehrheit.) Mufsal geht zum Präsidenten hinauf und legt vor ihm einen Gummihandschuh und einen Schutzhelm nieder. Die Kommunisten klatschen Beifall. Mufsal verläßt dann den Saal, während ein Diener die auf den Präsidentensitz gelegenen Sachen hinausträgt. Da die Unruhe weiter andauert, erklärt

Präsident Löbe: Ich mache darauf aufmerksam, daß ich nunmehr mit den allerhöchsten Ordnungsmahnen vorgehen werde. Unmittelbar darauf verweist der Präsident den kommunistischen Abg. Creutzburg auf acht Tage aus dem Saal. (Lebhafter Beifall der Mehrheit.) Abg. Roenen (Komm.) ruft: Das ist die Sachlichkeit des Hensers! Roenen erhält mehrere Ordnungsrufe. Inzwischen ist auf den hinteren Bänken der Rechten eine erregte Auseinandersetzung zwischen Nazis und dem Abg. Abel (Nationalist) ausgebrochen. Die Nazis gestikulieren lebhaft, während Abel mit verärgerten Armen unmittelbar neben ihnen steht. Die Nazis rufen: Herr Präsident, er ist ein Provokateur! Schließlich fordert Präsident Löbe den Abg. Abel auf, seinen Platz einzunehmen. Abel folgt dieser Aufforderung, und nun geht die Führung in dem unartikulierten Rummeln auf die Kommunisten über. Dr. Bell, der für alle Fraktionen spricht, die die bekannten Änderungen vorschlagen, läßt sich durch das Dauergeräusch nicht hindern. Als Hauptzweck der Reform bezeichnet er die Verhinderung des Gaukelspiels mit unaufrichtigen Vertrauensanträgen und die Verhinderung der Bemilligung von Mehrausgaben ohne gleichzeitige Deckung. Die Nazis rufen ironisch Beifall, die Kommunisten grölen und lachen, manche von ihnen summen. Unter dem Beifall der Mehrheit und großem Lärm, Bul-Rufen und Pfiffen der Opposition schließt Dr. Bell seine Rede.

Abg. Schumann-Leipzig (Komm.) beantragt Aussetzung der Vertagung, da ein umfangreicher deutschnationaler Antrag noch nicht vertriebt sei und man ihn also in der Debatte nicht berücksichtigen könne.

Präsident Löbe: Bis zur Abstimmung wird der Antrag vorliegen. Der nächste Redner in der Debatte gehört zu den Antragstellern und wird die Anträge erläutern.

Abg. Stöcker (Komm.) beantragt Herbeirufung des Verfassungsausschusses Dr. Birth. Dieser tritt den Saal, Stöcker zieht den Antrag zurück.

Als Präsident Löbe bereits zu der namentlichen Abstimmung über den Aussetzungsantrag aufgerufen hatte, meidete sich Abg. Effer (Z.) zum Wort. Es folgt der bereits gewohnte

Moskendor: Schiebung!

Der Präsident erklärt, im Augenblick das Wort nicht erteilen zu können, er hat auch dem Kommunisten Stöcker das Wort zur Geschäftsordnung verweigert, wozu der Präsident berechtigt ist, stellt aber fest, daß über einen Vertagungsantrag namentliche Abstimmung unzulässig ist. Der Antrag Schumann wird in einfacher Abstimmung abgelehnt.

Abg. Graef-Thüringen (Dnat.): Der Reichszentralrat hat wiederholt öffentlich an die Parteien appelliert, den Etat rechtzeitig zu erledigen. Dazu braucht man auch die Mitarbeit der Opposition und darf sie nicht vergewaltigen, wie das hier geschehen soll. Diese „Reform“ ist ein

Pakt zwischen Dr. Faust-Brüning und Mephisto Braun in Preußen.

wodurch Preußen auf alle Zeit der sozialistischen Vorherrschaft ausgeliefert wird und Brüning die Seele des Zentrums verkauft. — Obgleich Graef viel mehr Ruhe zum Reden hat, als Dr. Bell, bittet der jetzt als Vizepräsident amtierende Stöcker, dessen Freunde Bell niedergelärmt haben, Privatgespräche zu unterlassen und ritt auf das Gelächter der Kommunisten zwei von ihnen sofort zur Ordnung. — Nur eine Zweidrittelmehrheit dürfte solche Änderungen durchführen. Sie üben jetzt schon die kalte Diktatur mit dem starken Arm des roten Jaren in Preußen. Aber Ihre Herrlichkeit wird von kurzer Dauer sein — der Stoßhelm hat das Volksbegehren eingebracht! (Heiterkeit links und in der Mitte.)

Abg. Dr. Frick (Komm.) beantragt Vertagung und bezweifelt die Beschlussfähigkeit. Die Auszählung durch Kartenzählung ergibt 297, die als anwesend gezählt sein wollen, das genügt.

Abg. Dr. Frank II (Komm.): Der Antrag Bell ist unwahrhaftig gemeint, man mißbraucht die Geschäftsordnung, um die nationale Opposition niederzurufen. Die Kerben der Mehrheit sind zusammengebrochen, sie ist gar nicht mehr die Mehrheit. Sie wollen nicht die Republik schützen, sondern die persönlichen Vorteile, die Sie von dieser Republik haben. (Händeklatschen und Fußstampeln der Nazis. — Präsident Löbe: Von Mitgliedern des Hauses dürfen Sie das nicht sagen! — Rufe der Nazis: Barmat-Schleuder!) Der Redner ergeht sich weiter in Schimpfen und Drohreden. So sagt er, wenn man die so — disziplinierten Nazis weiterbekämpfe, dann

lehnt die Nazi-Fraktion die Verantwortung ab, wenn ihre Leute draußen zu den Waffen des Bürgerkrieges greifen!

Einen Ordnungsruf erhält er, als er die Regierung ein Vollzugsorgan Frankreichs nennt. Franzosen und andere Chrennazis werden ihm entgegengesprochen, dabei wird Abg. Künzler (Soz.) zur Ordnung gerufen. Unter großer Heiterkeit behauptet der Redner, daß sich die Nazis nicht hinter der Immunität verstecken. Die Sozialdemokraten, besonders Hörsting, klagt er der — Worchhege gegen die Nazis an und behauptet u. a., daß eine Ludwigschafener Reichsbannermannschaft zu den Nazis übergegangen sei. (Das waren Berufsmitglieder, die gegen höhere Bezahlung auch bei den Nazis spielten! Ann. d. Red.) Den 5 Millionen Ihrer Volksgenossen, die durch Ihre Politik in Baracken verkaufen (empörte Rufe links) ist es gleich, ob sie im Kampf gegen den Hunger oder für die Freiheit ganz zugrunde gehen.

Ein Vertagungsantrag Göring (Komm.) mit obfugater Anweisung der Beschlussfähigkeit scheitert unter den ironischen Heulrufen der Linken ebenso wie seine Vorgänger.

Abg. Torgler (Komm.) bemüht sich um den Nachweis, daß diese Geschäftsordnungsreform die Finanzbilanz der Regierung begründen solle.

Dem nächsten Redner ist bereits das Wort erteilt, als die Nationalsozialisten wieder einen Vertagungsantrag stellen wollen. Sie behaupten, sich rechtzeitig durch Handrücken zum Wort gemeldet

Märchenerzähler Franz II.

Er läßt Reichsbannerkameraden in Halenkreuzlern weiden.

Der Reichstagsabgeordnete Genosse Friedrich Wilhelm Wagner schreibt uns:

Der Abgeordnete Franz II hat im Reichstag die Behauptung aufgestellt, eine Abteilung des Ludwigschafener Reichsbanners sei zu den Nationalsozialisten übergetreten. Die Tatsache, die dieser längst widerlegten Behauptung zugrunde liegt, ist folgende:

Die Ortsgruppe Ludwigschafener Reichsbanners hatte mit einer Gruppe von Berufsmilitären einen Vertrag geschlossen. Die Nationalsozialisten boten dieser Gruppe höhere Bezahlung, woraufhin der Leiter und einige Mann sich bereit erklärten, bei den Nationalsozialisten zu musizieren. Sie erklärten jedoch im Laufe einer Pressekonferenz, daß sie damit keineswegs in die Nationalsozialistische Partei eingetreten seien. Vom Ludwigschafener Reichsbanner ist kein einziger Mann zu den Nationalsozialisten übergetreten. Auch die Ludwigschafener Ortsgruppe hat einen starken Aufschwung erfahren und wird in ein herrliches Gelächter ausbrechen, wenn sie liest, daß ein solches Schwätz im Deutschen Reichstag vorgetragen werden konnte!

zu haben, ohne jedoch vom Präsidenten gesehen worden zu sein — Präsident Böbe: das ist möglich, aber dagegen gibt es das Mittel, sich vorchriftsmäßig (schriftlich zum Wort zu melden).

Abg. v. Kardorff (D. Sp.) zitiert mehrere Staatsrechtler zum Beweis dafür, daß die Reichsverfassung keine Bestimmung enthalte, nach der die Regierung ein ausdrückliches Vertrauensvotum braucht. Abg. Reinhardt (Nat.-Soz.) bezweifelt die Befähigung. Da aber Nationalsozialisten und Kommunisten den Saal nicht schnell genug verlassen, stellt Präsident Böbe unter dem Beifall der Mehrheit die Befähigung fest.

Abg. Ruppel (Christl.): Schuld an der Notwendigkeit, die Geschäftsordnung zu verschärfen, sind jene, die an die Stelle des parlamentarischen Arguments das Schimpfwort und die Drohung gesetzt haben. Die Vorlage bezweckt nicht die Mundtotmachung der Opposition; denn

das Recht der freien Rede wird ja gerade heute schon durch den Terror von rechts und links vergrawolligt.

(Präsident Böbe erteilt wegen vieler Störungen Rufen und Ordnungsrufe.) Ihr heutiges Verhalten ist ein Schulbeispiel für meine Behauptung. (Sechste Zustimmung der Mehrheit.)

Wird ein Vertagungsantrag mit Zweifeln über die Befähigung, Auszahlung ergibt 300 Anwesende. Vertagung abgelehnt. Abg. Lemmer (Staatsp.) Franks Rede wirkte wie ein rhetorisches Delirium. (Lärm der Nat.-Soz.) Abg. Wolfesbörger (Nat.-Soz.) ruft: Kaufjunge! — Ordnungsruf; Abgeordneter Krause (Nat.-Soz.) wird vom Präsidenten Böbe ausgeschlossen, weil er sich die beleidigende Ausrufung zu eigen gemacht hat.)

Abg. Stöbe (Nat.-Soz.) hält als Parteigenosse der Kämpfer usw. eine Entrüstungsrede gegen Hörsings Worte, daß die Nationalsozialisten vernichtet werden sollten.

Ein Redner der Bundoblastion spricht gegen die Entartung der Parlamentarier.

Herr Graef hat meinen kranken Freund Dr. Gerlach so geschmäht, wie wenn die Deutschnationalen sich nie bemüht hätten, Dr. Gerlach bei sich zu halten. Wenn einer außerhalb dieses Hauses so gesprochen hätte, würde ich es als eine Gemeinheit bezeichnen.

Abg. Koenen (Komm.) beschuldigt die Sozialdemokratie, mit dieser Reform die Demokratie zu verraten. Um 22.15 Uhr schließt die Debatte.

Präsident Böbe ruft den Abg. Frank 2 (Nat.-Soz.) wegen der Bürgerkriegsdrohung nachträglich zur Ordnung.

(Gebrüll äußerst rechts.)

Abg. Dr. Feil (Nat.-Soz.) beantragt Vertagung wegen Erschöpfung der Sitzungsteilnehmer. Der Antrag wird abgelehnt, ebenso Anträge auf Ausschlußberatung aller vorliegenden Anträge.

Ein Antrag Eiser (S.), Dr. Reich (D. Sp.) will über alle Oppositionsanträge zur Tagesordnung übergehen, einen Teil dem Geschäftsausschuß überweisen und den Antrag Dr. Bell und Genossen annehmen.

Abg. Dr. Feil (Nat.-Soz.): Ich beantrage namentliche Abstimmung. (Heber was lassen Sie denn abstimmen? Große Heiterkeit.)

Präsident Böbe übergibt den Vorsitz dem Vizepräsidenten Eiser, dessen Amtübernahme von den Kommunisten und den Nationalsozialisten mit immer wilder anwachsenden, vielminütigen langem Chor: „Schleber!“ begleitet wird.

Der Antrag Eiser-Reich wird in namentlicher Abstimmung mit 300 gegen 100 Stimmen angenommen. (Beifall der Mehrheit.) Vizepräsident Eiser: Damit ist dieser Gegenstand erledigt. (Gebrüll der Opposition.)

Um 22.35 Uhr beginnt nach einer namentlichen Abstimmung über einen handschriftlichen Änderungsantrag Feil, daß über Wirtschaftsanträge nicht Übergang zur Tagesordnung beschlossen werden könne. Die Opposition brüllt lange Zeit, daß der Vizepräsident falsch vorgehe, ein Schleber sei usw.

Der erste Vizepräsident Stöbe (Nat.-Soz.) weiß darauf hin, daß man doch nach der En bloc-Akzeptanz des Antrags Bell nicht noch Änderungsanträge beschließen könne.

Vorsitzender Vizepräsident Eiser: Wir stimmen erst nach der Entscheidung dieses Antrags über den Antrag Bell ab. (Allgemeines Erstaunen.)

Stöbe überreicht Eiser — vielleicht als Anerkennung — eine rote Nelke, die Eiser unter Händeschütteln von Stöbe annimmt. (Heiterkeit und Beifall rechts.)

Der Änderungsantrag wird mit 286 gegen 173 Stimmen abgelehnt. Die Gesamtstimmmzahl über den Antrag Bell (Zentrum) ist auf dessen Verlangen namentlich. Vorher gibt Stöbe (Nat.-Soz.) die Erklärung ab, daß seine Fraktion sich aus Protest an dieser Schlußabstimmung nicht beteilige. Als sämtlichen Beschlüssen des Hauses seien verfassungswidrig und gesetzwidrig. (Geschrei der Mehrheit.) — Die Nationalsozialisten produzieren erst einen Sprecher, rufen den Vizepräsidenten Eiser zu „Oberstleber“ und singen ein Marschlied. — Die Kommunisten pfeifen und rufen dann im Chor dreimal: „Hier verrede, Prolet erwache!“ — Die Mehrheit nimmt diese Darbietungen mit gelassener Heiterkeit auf, die sich aber steigert, als nunmehr auch

Abg. Stöber (Komm.) erklärt, daß seine Fraktion der Schlußabstimmung fernbleibe.

Der Antrag Bell wird in namentlicher Abstimmung mit 303 Stimmen angenommen. Alle Gegner der Reform haben den Saal verlassen.

Während der Abstimmung schreit ein Tribünenbesucher in den Saal: „Es ist Poller im Haus.“ — Er wird entfernt.

Nächster Tagesordnungspunkt!

Präsident Böbe übernimmt unter Beifall den Vorsitz wieder. Er noch die Opposition wieder im Saal ist, beschließt die Mehrheit die folgenden beiden Punkte — Änderung des Preschoesches Merkbot für Abgeordnete, verantwortlich zu zeichnen und Immunitätsfälle — gemeinsam zu erledigen. Präsident Böbe trägt zunächst eine halbe Stunde Redezeit vor, befuhrwortet dann aber den Vorschlag Stöber (Nat.-Soz.) auf eine Stunde. Stöber (Komm.) verlangt wegen der großen Zahl der Immunitätsfälle drei Stunden Redezeit. (Heiterkeit.) Es wird eine Stunde beschlossen.

Nachdem Abg. von Kardorff (D. Sp.) als Antragsteller für die Vorlagen eingetreten war, wurde ein Antrag Torgler (Komm.) auf Ausschlußberatung in namentlicher Abstimmung mit 296 gegen 191 Stimmen abgelehnt.

Abg. Ruppel (RS.) zitiert scharfe Äußerungen aus der Spalinoszeit der Sozialdemokratie. Unseren Ermordeten Genossen Hugo Haase nennt er einen Landesverräter. (Puls-Rufe bei der Sozialdemokratie.)

Abg. Dittmann (Soz.) schildert die endlosen brutalen Verfolgungen der sozialdemokratischen Presse im kaiserlichen Deutschland, wogegen die ungleich gehässiger schreibende Nazipresse geradezu miß behandelt wird. Besonders die Drangsalierung der „Magdeburger Volksstimme“ führt Dittmann vor, ebenso wie seine eigene Auslieferung und schwere Verurteilung im Kriege und seine eigene Meinungsprozesse gegen Schröder und Genossen, den Wölbauer Krawallprozess usw. Rückertlichkeiten sind die „Verfolgungen“ der Nationalsozialisten heute dagegen, wir aber haben nicht fortwährend nach Annehmlichkeiten gehurt und haben, trotz aller Verfolgungslust 1912, als wir 10 von 393 Abgeordneten waren, ganze sechs Einstellungsanträge gestellt, davon vier zugunsten bürgerlicher Abgeordneter.

Wir gehen auch den Staatsanwälten durch unsere Schreibweise ungleich weniger Gelegenheit, gegen uns Strafanträge zu stellen.

Heute aber liegen gegen einzelne Nat.-Soz. bis zu 35 Strafanträge vor, und von ihnen hunderte Einstellungsanträge.

So mißbrauchen Sie die Immunität! Bei dieser Massenhaftigkeit

Schwieriges Problem.



„Als Stahlhelmer werdet Ihr doch auch unser Volksbegehren unterzeichnen, damit die 20 000 Unterschriften zusammenkommen.“
„Wird schwer halten gnä' Herr! Wir sind erst im Handgranatenwerfen ausgebildet, aber noch nicht im Schreiben.“

Hendersons Appell an die Völker.

Sie sollen die Regierungen zur Abrüstung zwingen.

London, 9. Februar (Eigenbericht.)

Einer Einladung der englischen Sektion der internationalen Frauenliga folgend sprach am Montagabend in London Außenminister Henderson in einer öffentlichen Versammlung über Abrüstung und Frieden. Selten sind von einem Außenminister solche Botschaften an die Regierung, Politiker und Völker gerichtet worden.

Beginnend mit der Abrüstungsfrage erklärte Henderson, diese Frage sei zum Angelpunkt aller inneren und äußeren Politik geworden. Die vorbereitende Abrüstungskommission habe die Basis geschaffen, von der aus die Arbeiten für die Entwaffnung beginnen könnten. Die Kernfrage sei jedoch die, ob es die einzelnen Regierungen mit der Abrüstung auch ehrlich meinen oder nicht. Alles hänge jetzt von der öffentlichen Meinung und dem Willen der Völker ab.

Die Regierungen hätten zu tun, was die Völker wollen.

Wenn die Völker den Frieden wünschten und die Abrüstung, so würden sie befriedigende Resultate haben. Die Mitglieder der Frauenliga und alle pazifistischen Organisationen hätten jetzt ein Jahr Zeit, um die Völker zu mobilisieren. Nie vorher habe es eine solche Gelegenheit gegeben und vielleicht nie wieder würde es eine solche Gelegenheit geben, um den Regierungen, den Politikern und Staatsmännern zu zeigen, daß die Völker wirklich den Frieden lieben und wünschen.

Henderson fuhr fort: „Sollten die Völker wirklich vergessen haben, was der Krieg an Zerstörung bedeutet.“

Haben die Völker die zehn Millionen Verwundeter vergessen, die im letzten Krieg gefallen sind?

Haben sie die 20 Millionen Verwundeter vergessen und wissen sie nicht, daß immer noch die Krankenhäuser gefüllt sind mit den Verstummlungen aus dem letzten Krieg? Millionen sind an den direkten Folgen des Krieges in der Heimat gestorben. Der nächste Krieg wird ein Giftgaskrieg sein, gerichtet gegen die Zivilbevölkerung und es wäre ein internationales Verbrechen, wenn die Völker nicht vor den Folgen eines solchen Krieges gewarnt würden. Der einzige Weg, des Barbarismus zu beenden, ist der, den Krieg unmöglich zu machen.

Die Weltwirtschaftskrise, die Arbeitslosigkeit, die Hungerroden und Frierenden unserer Tage, das alles sind noch die Folgen des vergangenen Krieges.

den die Arbeiter von 1914 bis 1918 mit ihrem Blut und Leben bezahlen mußten, und dem sie jetzt immer noch durch ihre heutigen Leiden tributpflichtig sind. Nur durch eine internationale ökonomische Zusammenarbeit, durch Niederlegung der Zollschranken, können wir diese Weltwirtschaftskrise beseitigen. England gibt jährlich 115 Millionen Pfund für das Kriegsbudget aus. Was könnte damit geschaffen werden, wenn England

kann man von einer ernstlichen Beeinträchtigung der Rechtsgleichheit im Lande sprechen, wenn jedes R. d. A. vier Jahre lang ununterbrochen streikfrei bleiben soll.

Die Demokratie kann Rechte nur dem geben, der die Pflicht respektiert, sich der Mehrheit zu fügen und im Meinungskampf menschliche Gestaltung zu bewahren, seinen Mitmenschen nicht als Spüdnopf zu benutzen.

Im Mutterlande der Demokratie, in England, gibt es keine Immunität für gemeine Straftaten, das Parlament selbst kann seine Mitglieder ins elende Gefängnis stecken. (Geschrei der Nationalsozialisten und der Kommunisten.)

Sie (zu den Nationalsozialisten) verlangen für sich Befähigungs- und Schimpfreisheit; die darf Ihnen der Reichstag aus Selbstachtung nicht gewähren. Reichstag werde hart! (Beifall bei der Mehrheit.)

Um 0.25 Uhr wird ein Antrag Stöbe (Nat.-Soz.) auf Schluß der

abgerüstet hätte und diese Summen für soziale Wohlfahrt und für Wirtschaftszwecke verwendet werden könnten. Europa ist heute voller Schwierigkeiten. Der Schlüssel zur Lösung aller wirtschaftlichen und politischen Fragen liegt aber in der Abrüstung. Bevor nicht abgerüstet wird, kann man keine neue soziale Ordnung in Europa schaffen, und deshalb ist es Pflicht der Frauen in jedem Lande, ihre Stimme zu erheben und immer wieder der Regierung und den Staatsmännern zu zeigen, daß die Völker bereit sind zum Frieden, und daß Kräfte in der Welt vorhanden sind, die einen Krieg verhindern wollen.“

Rußland gegen Genf als Abrüstungskonferenzort. London, 9. Februar. (Eigenbericht.)

Außenminister Henderson erklärte in der Montagtagung des Unterhauses auf eine Anfrage, die russische Regierung sei bereit, einen aktiven Anteil an der Abrüstungskonferenz zu nehmen. Sowjetrußland wünsche jedoch nicht durch den Völkerbund, sondern direkt durch die Abrüstungskommission eingeladen zu werden. Außerdem dürfe Genf nicht der Ort der Tagung sein.

Einschränkung amerikanischer Rüstungsausgaben. Washington, 9. Februar. (Eigenbericht.)

Der neue Militär- und Marineetat der Vereinigten Staaten zeigt eine Ausgabenminderung um rund 150 Millionen Mark. Vier Schlachtschiffe werden aus der Flotte zurückgezogen. Die Marinestärke wird um 500 Mann vermindert.

Rütz Oberbürgermeister von Dresden. Eine Niederlage der Reaktion. Dresden, 9. Februar. (Eigenbericht.)

Bei der heutigen Oberbürgermeisterwahl erlängte die Linke einen vollen Sieg. Schon im ersten Wahlgang brachten die Staatspartei, die SPD. und das Zentrum ihren Kandidaten, den staatsparteilichen Reichstagsminister a. D. Dr. Rütz, durch. Er erhielt 35 Stimmen dieser Parteien und 1 Stimme eines Mitgliedes der Wirtschaftsgruppe, insgesamt 36 Stimmen, während der Kandidat der Reaktionsparteien, der volksparteiliche Schwerindustrie Syndikus Dr. Rost in Duisburg, der früher dem Reichstag angehört hat nur 28 Stimmen auf sich vereinigen konnte. Der kommunistische Stadtverordnete Stoll-Berlin erhielt nur 6 Stimmen der SPD. Außerdem gaben 4 Mitglieder der Wirtschaftsgruppe weiße Blettel ab, da sie sich mit dem Vorschlag Rost nicht befreunden konnten. Ursprünglich hatten diese 4 Wirtschaftsparteiler sogar für Rütz stimmen wollen. Die Reaktionsparteien haben also eine gründliche Niederlage erlitten, doch ist es ihnen geglückt, die verschiedenen Stadtratswahlen, die im Zusammenhang mit der Oberbürgermeisterwahl vorgenommen werden sollten, und bei der der SPD. 2 Stadtratsposten zugebacht waren, bis auf weiteres zu verschieben. Indessen dürfte auch hier noch ein Erfolg der Linken erzielt werden.

Sitzung abgelehnt. Bei Redaktionschluß spricht Abg. Schwann-Thür. (Kommunist.)

(Man erwartet den Schluß gegen 3 Uhr morgens.)

Sapru und neun andere Delegierte der Londoner Konferenz trafen am Montag in Bombay mit Gandhi zu einer vier Stunden dauernden Aussprache zusammen. Das Ergebnis wird geheim gehalten.

Franco-Vortrag in Paris verhindert. Der spanische revolutionäre Abgeordnete Franco sollte am Donnerstagabend im Festsaal der „Europe Nouvelle“ einen Vortrag über die Lage in Spanien halten. Im letzten Augenblick mußte der Vortrag auf acht Tage verschoben werden, da, wie die radikale „Republique“ mitteilt, sich gewisse diplomatische Einflüsse geltend gemacht hätten, um Franco am Sprechen zu hindern.

WERTHEIM

Zusendung von 5 M an Obst, Gemüse u. leicht verderbliche Artikel werden nicht zugesandt

Billige Lebensmittel

Soweit Vorrat

Frisch. Fleisch

- Fr. Bratwurst Spezialist Pfund 1.12
- Rinderkamm u. -Brust Pfund 0.84
- Suppenfleisch Pfund 0.74
- Gulasch gemischt Pfund 1.04
- Lieserl 0.68 Gehacktes 0.80
- Rückenfett bratfertig Pfund 0.68
- Kalbskamm Pfund 0.76
- Schweinefleisch Pfund 0.76
- Kalbskotelett Pfund 1.22
- Hammel-Vorderfl. 0.96
- Nierentaig ausgelesen Pfund 0.40
- 5 Pfund 1.75
- Rinderleber gefroren Pfid. 1.18

Obst u. Gemüse

- Mandarinen Pfund 0.32
 - Zitronen Dutzend 0.30 0.38
 - Apfel Duz. 0.45 0.60
 - Kalif. Apfel Pfid. 0.38 0.45
 - Bananen 3 Pfund 0.92
 - Möhren u. Zwiebeln Pfid. 0.05
 - Rot- u. Weißkohl Pfund 0.06
 - Sellerie Pfund 0.06 0.09
 - Blumenkohl Kopf v. an 0.25
- ### Räucherwaren
- Bücklinge Pfund von an 0.28
 - Sprotten Pfid. an 0.38 Kleich. 0.42
 - Fisch-Marinaden 1/2 Liter Dose 0.48

Gänse gefroren, Pfd.

76, 86, 96 Pl.

Hirschblätter

Pfund von an 80 Pl.

Schellfisch

Pfund von an 18 Pl.

Fischfilet

Pfund von an 30 Pl.

Grüne Heringe

3 Pfund von an 42 Pl.

Hühner

frisch u. gefroren, Pfund von an 92 Pl.

Hasen gestr. u. ausgeworfen

Pfund von an 80 Pl.

Kabeljau

ohn. Kopf, ganze Fische, Pfd. v. an 20 Pl.

Zander gefroren

Pfund von an 32 Pl.

10 Eier

85 Pl. 95 Pl.

Wurstwaren

- Dampf- u. Leberw. 0.88
 - Teewurst 1.50 grobe 1.65
 - Landleber- u. Mettwurst 1.15
 - Schinkenspeck 1.50
 - Leberwurst feine u. Filetwurst 1.45
 - Gek. Schinken geschnit. 1/4 Pfund 0.45
- ### Käse u. Fett
- Ramadou 0.20
 - Harzerkäse ed. Spitzlinge 0.52
 - Dän. Schweizer 0.82
 - Limburger 0.43 voll-fett 0.84
 - Tilsiter voll-fett, Pfd. von an 0.88
 - Kokosfett 1-Pfund-Tafel 0.40
 - Margarine Pfund 0.40 0.52
 - Tafelbutter Pfund 1.62 1.70
- ### Konserven
- Br.-u. Schnittbohnen 0.38
 - Kartoffeln geschnitten 0.27
 - Junge Erbsen 0.58
 - Haushalt-Gemüse 0.65
 - Junger Spinat 0.40
 - Pflaumen 0.60
 - Marmelade (Vierfrucht) 0.80
 - Aprikos.-Konf. 1.10

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Oper
Unter d. Linden
162. A.-V.
20 Uhr
Christoph Columbus
Ende 22 1/2 Uhr

Staats-Oper
Am Platz der Republik
V.-B.
19 1/2 Uhr
Die Hochzeit des Figaro
Verf. Mozart
Ende g. 23 Uhr

Staat. Schiller-Theater, Charlitzg.
20 Uhr
100 000 Taler
Ende gegen 23 Uhr

SCALA
Tägl. 2 Vorst.
8 u. 8 1/2 Uhr
Barbarossa 9.15
Nachm. 50 Pl. bis 3 M., abends 1 bis 6 M.
3 Andreu Ricci
Roberto de Vasconcelos,
Maddie & Ray usw.

PLAZA
Tägl. 5 u. 8 1/2
Sonnt. 2, 3 u. 8
Alex. E. 4, 8.06
Nachm. 50 Pl. - 1 M., abds. 1-2 M.
Bruno Kastner, Tippo Larsen
Kamilton n. 100 Wunderfahrten usw.

CASINO-THEATER
Lothring. Straße 37.
Man lacht Tränen über
Direktor Hans Berg
In dem neuen Schläger
Onkel Mühl aus Neurupp'n

Kammerspiele
8 1/2 Uhr
Pariser Platz 13
von Vicki Baum
Regie: Gustaf Gründgens

Die Komödie
8 1/2 Uhr
Die Fee
von Franz Metnar
Regie: Stefan Beck

Kurfürstendamm-Theater
Bismarck 449
8 Uhr
Das schwache Geschlecht
v. Edouard Bourdet
Regie: Max Reinhardt

Lustspielhaus
Kurt Götz
Täglich 9 1/2 Uhr
Oer Lügner u. die Nonne

Theater am Schiffbauerdamm
Norden 3813 u. 0281
Täglich 8 Uhr
Ueber 60 mal:
Der große Lustspielerfolg!
Die Quadratur des Kreises
Preise v. 0.75 - 7 M.

Reichshallen-Theater
Abends 8 Sonntag Nachmitt. 3 Uhr
Das große Lach-Programm
der
Stettiner Sänger
Nachm. ermäßigte Preise
Volles Programm!
Dönhofs - Brett!
Berlins beliebtestes
Fam.-Varieté mit Tanz! Kapelle Hans Daxen.

Wintergarten
8 15 Uhr. Zentr. 2819. Kassen erlischt.
7 Alfredo - „Arcano“
Dolinoffs - 3 Cressos usw.
und die Codonas

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
8 Uhr
Hans Albers
in
Liliom
von Franz Molnar
Regie: Karl Heinz Martin

Staat. Schiller-Th.
8 Uhr
100 000 Taler

Theater am Schiffbauerdamm
8 Uhr
Die Quadratur des Kreises

Staatsober
Am Pl. d. Republik
7 1/2 Uhr
Die Hochzeit des Figaro

Deutsches Theater
8 Uhr
Elisabeth von England
von Fern. Bruckner
Regie: Heinz Hilpert

Kleines Theat.
Täglich 8 1/2 Uhr
Olga Tschekowa
in:
Liebe - unmodern
Kaufmann, Klubertan

Metropol-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Schön ist die Welt
Operette von Lehár
Gittler Abor, Jörn, Schützendorf

Rose-Theater
Gr. Frankfurter Str. 132
Tel. Alex. 3422 u. 3494
8.30 Uhr
Das Parfum meiner Frau
8 1/2 Uhr
Die schöne Helena

Lessing-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Viktoria und ihr Husar
Mary Lorell, Gräfinfeld, Dandy, Loefl

GROSSES SCHAU-PIELHAUS
Tägl. 8 Uhr. Im weissen Haus.
Seg. nachm. 3 Uhr Originalbesetzung
billige Preise Reg. E: Erik Charjet

NEUE WELT
Arnold Scholz
U-Bahn Hermannplatz Nasenbeide 108-14
Gr. Bockbierfest
Große Ochsenbraterei und Prämierung des
schönsten roten Frauenhaars (Naturfarbe).
5 Geldpreise: 50, 40, 30, 20, 10 Mark.
7 Kapellen, neue Dekorationen, bayr. Bedienung
Einlaß: Wochentags 6 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Das schwache Geschlecht
v. Edouard Bourdet
Regie: Max Reinhardt

Lustspielhaus
Kurt Götz
Täglich 9 1/2 Uhr
Oer Lügner u. die Nonne

Theater am Schiffbauerdamm
Norden 3813 u. 0281
Täglich 8 Uhr
Ueber 60 mal:
Der große Lustspielerfolg!
Die Quadratur des Kreises
Preise v. 0.75 - 7 M.

Reichshallen-Theater
Abends 8 Sonntag Nachmitt. 3 Uhr
Das große Lach-Programm
der
Stettiner Sänger
Nachm. ermäßigte Preise
Volles Programm!
Dönhofs - Brett!
Berlins beliebtestes
Fam.-Varieté mit Tanz! Kapelle Hans Daxen.

Pressestimmen

„Die schöne Helena“

Jacques Offenbachs Operette
im
ROSE THEATER
Gröde Frankfurter Straße 132
Billettkasse: Alex. 3422 u. 3494
„Bühnenbilder verblüffend in ihrer Pracht.“
„Ein vorbildliches Ensemble.“
„Ein vornehm es heute an
erster Bühnenleiter zu
off vermehrt.“
„Ganz
Berlin sollte zu Rosen
wandern, um „Die schöne
Helena“ sich anzusehen.“
„Eine Meisterleistung
des Ensembles.“
Wochentags-Beginn 8.15 Uhr
Sonntags 10.15 Uhr
Sonntags 2.30, 5.45 u. 9 Uhr
Preise von 50 Pl. bis 3 M.

Achtung! Familien-Nachmittage

Jeden Dienstag, Mittwoch,
Donnerstag, Freitag, 5.30 Uhr
„Das Parfum meiner Frau“
Lustspiel von Leo Lenz
Preise von 30 Pl. bis 1.50 M.
20 Minuten Kaffeepause.
Kaffee mit Kuchen 30 Pl.
Täglicher Vorverkauf, täglich
von 11-1 Uhr vorm. und
von 4-9 Uhr abends.

Neues Theater
am Zoo
Am Bahnh. Zoo, Stpl. 6554
Täglich 8 1/2 Uhr
Der gr. Lachstiefel
Wiederauftreten
Guido Thielscher
Das öffentliche
Aergernis
Preise 1 bis 8 M.

Theater d. Westens
Täglich 8 1/2 Uhr
Franz Lehars Meisterwerk
Der Zarewitsch
Serge Abramovic,
Anni Abler.

Blumenspenden
jeder Art
lokal preiswert
Paul Golitz
varnisch Redat Meyer
Mariannenstr. 3
F & Oberbaum 1305

Philharmonie
8 Uhr
Sinfonie-Konzert
d. Philharmon. Orch.
Dir. Prof. J. Pröwer
Viele gef. Mitwirkung von
Diez Weismann
Viol. - Konzert Oskar-Holm,
Dir. Nr. 1 S-Fachmann.

Komische Oper
8 1/2 Uhr
Peppina
wieder persöhnlich Leitung des
Komponisten
Robert Stolz
in der Premierenbesetzung

Deutsches Künstler-Theat.
Barbarossa 3937.
8 1/2 Uhr
Zum goldenen Anker
mit Käthe Sorath

Renaissance-Theater
Steinplatz 6789
8 1/2 Uhr
muß die Kuh Milch geben?
mit Albert Bassermann

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung, Bauschlosser!
Mittwoch, den 11. Februar, abends
8 Uhr, in den Gernoniolden,
Chausseest. 110:
Branchen-Versammlung
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Räumung des
Münchener Platzes.
2. Branchenangelegenheiten.
3. Berichtlesen.
Es ist Pflicht aller Kollegen, an dieser
Versammlung teilzunehmen.

Donnerstag, den 12. Februar 1931,
abends 8 Uhr, in Gernolds Vereins-
haus, Stalher Straße 126
Versammlung
aller Gürtler, Montoure,
Kronenschlosser u. Klempner,
Bronzreue, Bronzierinnen
und Montiererinnen
Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Branchenanglegenheiten.
3. Berichtlesen.
Ohne Mitgliedschaft kein Zutritt.
Es ist Pflicht aller Kollegen und Kolle-
ginnen, an dieser Versammlung teil-
zunehmen. Die Ortsverwaltung.

Mein Kapitän-Kautabak
schmeckt mir doch am besten!

16. Große Volkswohl-Lotterie
Sie können für
1 RM. eine Villa
Ziehung morgen und folgende Tage
57776 Gewinne
und 2 Prämien
im Werte von
465 000 RM
150 000 RM
75 000 RM
Hochstgewinn
auf 1 Doppellos
Hochstgewinn
auf 1 Einzellos
Lose zu 1 RM - Doppellos 2 RM - Porto und Liste 35 Pl.
Glücksbriefe mit 5 Lose sortiert
aus verschiednen
Tausenden 5 RM
Glücksbriefe mit 10 Lose sortiert
aus verschiednen
Tausenden 10 RM
empfehlen und versenden auch unter Nachnahme
H. C. KRÖGER A.-G. BANK-GESCHÄFT BERLIN W 8 Friedrich-
Str. 193 a
und alle durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen
Festscheckkonto Berlin 96500 Fernspr. Merkur 2333, 4136

Am 6. Februar verließ plötzlich
im 61. Lebensjahr, mein geliebter
Brann, unser treuer Bruder, Onkel
und Schwager
Franz Kluge
Charlotenburg, Roseliedstraße 17.
Die trauernden Hinterbliebenen
Fr. L. Kluge.
Die Beerdigung findet Dienstag,
den 10. Februar, 14.30 Uhr, von der
Kapelle des Südwestfriedhofes in
Stahnsdorf aus statt.

Am 7. Februar, nachm. 6 1/2 Uhr, ver-
schied nach langem, schwerem Leben
mein lieber Mann, unser lieber Vater
Johanna Konowsky u. Kinder.
Die Beerdigung findet Mittwoch,
den 11. Februar, nachm. 5 Uhr, im
Krematorium Baumhuldenweg statt.

Am 7. Februar 1931 verchied nach
langem, schwerem Leben unsere liebe
Tochter, Schwester und Schwägerin
Charlotte Groß
im Alter von 27 Jahren.
Familie Karl Groß
Bin. -Behnhofstr. 9
Familie Walter Groß
Berlin SO.
Die Beerdigung findet am Mittwoch,
den 11. Februar, 12 1/2 Uhr nachmittags,
auf dem Friedhof Bin. -Behnhofstr. statt.

Verkaufe
Violoncello,
Saxofon, Klavier, etc.
Billige Tapete
Medizinische-Apparate
Ausnahmepreise
ca. 2x3 17,-
- 2x3 19,-
- 2x3 21,-
- 2x3 23,-
- 2x3 25,-
- 2x3 27,-
- 2x3 29,-
- 2x3 31,-
- 2x3 33,-
- 2x3 35,-
- 2x3 37,-
- 2x3 39,-
- 2x3 41,-
- 2x3 43,-
- 2x3 45,-
- 2x3 47,-
- 2x3 49,-
- 2x3 51,-
- 2x3 53,-
- 2x3 55,-
- 2x3 57,-
- 2x3 59,-
- 2x3 61,-
- 2x3 63,-
- 2x3 65,-
- 2x3 67,-
- 2x3 69,-
- 2x3 71,-
- 2x3 73,-
- 2x3 75,-
- 2x3 77,-
- 2x3 79,-
- 2x3 81,-
- 2x3 83,-
- 2x3 85,-
- 2x3 87,-
- 2x3 89,-
- 2x3 91,-
- 2x3 93,-
- 2x3 95,-
- 2x3 97,-
- 2x3 99,-
- 2x3 101,-
- 2x3 103,-
- 2x3 105,-
- 2x3 107,-
- 2x3 109,-
- 2x3 111,-
- 2x3 113,-
- 2x3 115,-
- 2x3 117,-
- 2x3 119,-
- 2x3 121,-
- 2x3 123,-
- 2x3 125,-
- 2x3 127,-
- 2x3 129,-
- 2x3 131,-
- 2x3 133,-
- 2x3 135,-
- 2x3 137,-
- 2x3 139,-
- 2x3 141,-
- 2x3 143,-
- 2x3 145,-
- 2x3 147,-
- 2x3 149,-
- 2x3 151,-
- 2x3 153,-
- 2x3 155,-
- 2x3 157,-
- 2x3 159,-
- 2x3 161,-
- 2x3 163,-
- 2x3 165,-
- 2x3 167,-
- 2x3 169,-
- 2x3 171,-
- 2x3 173,-
- 2x3 175,-
- 2x3 177,-
- 2x3 179,-
- 2x3 181,-
- 2x3 183,-
- 2x3 185,-
- 2x3 187,-
- 2x3 189,-
- 2x3 191,-
- 2x3 193,-
- 2x3 195,-
- 2x3 197,-
- 2x3 199,-
- 2x3 201,-
- 2x3 203,-
- 2x3 205,-
- 2x3 207,-
- 2x3 209,-
- 2x3 211,-
- 2x3 213,-
- 2x3 215,-
- 2x3 217,-
- 2x3 219,-
- 2x3 221,-
- 2x3 223,-
- 2x3 225,-
- 2x3 227,-
- 2x3 229,-
- 2x3 231,-
- 2x3 233,-
- 2x3 235,-
- 2x3 237,-
- 2x3 239,-
- 2x3 241,-
- 2x3 243,-
- 2x3 245,-
- 2x3 247,-
- 2x3 249,-
- 2x3 251,-
- 2x3 253,-
- 2x3 255,-
- 2x3 257,-
- 2x3 259,-
- 2x3 261,-
- 2x3 263,-
- 2x3 265,-
- 2x3 267,-
- 2x3 269,-
- 2x3 271,-
- 2x3 273,-
- 2x3 275,-
- 2x3 277,-
- 2x3 279,-
- 2x3 281,-
- 2x3 283,-
- 2x3 285,-
- 2x3 287,-
- 2x3 289,-
- 2x3 291,-
- 2x3 293,-
- 2x3 295,-
- 2x3 297,-
- 2x3 299,-
- 2x3 301,-
- 2x3 303,-
- 2x3 305,-
- 2x3 307,-
- 2x3 309,-
- 2x3 311,-
- 2x3 313,-
- 2x3 315,-
- 2x3 317,-
- 2x3 319,-
- 2x3 321,-
- 2x3 323,-
- 2x3 325,-
- 2x3 327,-
- 2x3 329,-
- 2x3 331,-
- 2x3 333,-
- 2x3 335,-
- 2x3 337,-
- 2x3 339,-
- 2x3 341,-
- 2x3 343,-
- 2x3 345,-
- 2x3 347,-
- 2x3 349,-
- 2x3 351,-
- 2x3 353,-
- 2x3 355,-
- 2x3 357,-
- 2x3 359,-
- 2x3 361,-
- 2x3 363,-
- 2x3 365,-
- 2x3 367,-
- 2x3 369,-
- 2x3 371,-
- 2x3 373,-
- 2x3 375,-
- 2x3 377,-
- 2x3 379,-
- 2x3 381,-
- 2x3 383,-
- 2x3 385,-
- 2x3 387,-
- 2x3 389,-
- 2x3 391,-
- 2x3 393,-
- 2x3 395,-
- 2x3 397,-
- 2x3 399,-
- 2x3 401,-
- 2x3 403,-
- 2x3 405,-
- 2x3 407,-
- 2x3 409,-
- 2x3 411,-
- 2x3 413,-
- 2x3 415,-
- 2x3 417,-
- 2x3 419,-
- 2x3 421,-
- 2x3 423,-
- 2x3 425,-
- 2x3 427,-
- 2x3 429,-
- 2x3 431,-
- 2x3 433,-
- 2x3 435,-
- 2x3 437,-
- 2x3 439,-
- 2x3 441,-
- 2x3 443,-
- 2x3 445,-
- 2x3 447,-
- 2x3 449,-
- 2x3 451,-
- 2x3 453,-
- 2x3 455,-
- 2x3 457,-
- 2x3 459,-
- 2x3 461,-
- 2x3 463,-
- 2x3 465,-
- 2x3 467,-
- 2x3 469,-
- 2x3 471,-
- 2x3 473,-
- 2x3 475,-
- 2x3 477,-
- 2x3 479,-
- 2x3 481,-
- 2x3 483,-
- 2x3 485,-
- 2x3 487,-
- 2x3 489,-
- 2x3 491,-
- 2x3 493,-
- 2x3 495,-
- 2x3 497,-
- 2x3 499,-
- 2x3 501,-
- 2x3 503,-
- 2x3 505,-
- 2x3 507,-
- 2x3 509,-
- 2x3 511,-
- 2x3 513,-
- 2x3 515,-
- 2x3 517,-
- 2x3 519,-
- 2x3 521,-
- 2x3 523,-
- 2x3 525,-
- 2x3 527,-
- 2x3 529,-
- 2x3 531,-
- 2x3 533,-
- 2x3 535,-
- 2x3 537,-
- 2x3 539,-
- 2x3 541,-
- 2x3 543,-
- 2x3 545,-
- 2x3 547,-
- 2x3 549,-
- 2x3 551,-
- 2x3 553,-
- 2x3 555,-
- 2x3 557,-
- 2x3 559,-
- 2x3 561,-
- 2x3 563,-
- 2x3 565,-
- 2x3 567,-
- 2x3 569,-
- 2x3 571,-
- 2x3 573,-
- 2x3 575,-
- 2x3 577,-
- 2x3 579,-
- 2x3 581,-
- 2x3 583,-
- 2x3 585,-
- 2x3 587,-
- 2x3 589,-
- 2x3 591,-
- 2x3 593,-
- 2x3 595,-
- 2x3 597,-
- 2x3 599,-
- 2x3 601,-
- 2x3 603,-
- 2x3 605,-
- 2x3 607,-
- 2x3 609,-
- 2x3 611,-
- 2x3 613,-
- 2x3 615,-
- 2x3 617,-
- 2x3 619,-
- 2x3 621,-
- 2x3 623,-
- 2x3 625,-
- 2x3 627,-
- 2x3 629,-
- 2x3 631,-
- 2x3 633,-
- 2x3 635,-
- 2x3 637,-
- 2x3 639,-
- 2x3 641,-
- 2x3 643,-
- 2x3 645,-
- 2x3 647,-
- 2x3 649,-
- 2x3 651,-
- 2x3 653,-
- 2x3 655,-
- 2x3 657,-
- 2x3 659,-
- 2x3 661,-
- 2x3 663,-
- 2x3 665,-
- 2x3 667,-
- 2x3 669,-
- 2x3 671,-
- 2x3 673,-
- 2x3 675,-
- 2x3 677,-
- 2x3 679,-
- 2x3 681,-
- 2x3 683,-
- 2x3 685,-
- 2x3 687,-
- 2x3 689,-
- 2x3 691,-
- 2x3 693,-
- 2x3 695,-
- 2x3 697,-
- 2x3 699,-
- 2x3 701,-
- 2x3 703,-
- 2x3 705,-
- 2x3 707,-
- 2x3 709,-
- 2x3 711,-
- 2x3 713,-
- 2x3 715,-
- 2x3 717,-
- 2x3 719,-
- 2x3 721,-
- 2x3 723,-
- 2x3 725,-
- 2x3 727,-
- 2x3 729,-
- 2x3 731,-
- 2x3 733,-
- 2x3 735,-
- 2x3 737,-
- 2x3 739,-
- 2x3 741,-
- 2x3 743,-
- 2x3 745,-
- 2x3 747,-
- 2x3 749,-
- 2x3 751,-
- 2x3 753,-
- 2x3 755,-
- 2x3 757,-
- 2x3 759,-
- 2x3 761,-
- 2x3 763,-<

Das rote Tuch und der Reichsbankrat
Aber warum wurde öffentliche Anklage erhoben?

Das es nicht nur Diebstahl ist, auf die der Anklage eines roten Tuches verhängnisvoll wirkt, bewies ein eigenartiger Strafprozess, der vor dem Amtsgericht Charlottenburg zur Verhandlung gelangte.

Die 68. Abteilung der SPD. veranstaltete am Vorabend der Reichstagswahl auf einem Lastkraftwagen mit Anhänger einen Werbezug durch Schmargendorf. In der Mitte des Anhängers befand sich eine große Pyramide mit der Aufschrift: „Der Sozialismus ist Frieden, der Faschismus ist Krieg.“

Nach der Behauptung unserer Genossen soll er freilich selbst nach der Fahne gefahrt haben, um sie herunterzureißen.

Unser Genosse verließ deshalb den Wagen, um die Feststellung seiner Person durch den dort postierten Polizeibeamten zu vermeiden. Auf Verlangen des Polizeibeamten begaben sie sich zusammen mit Schubert zur Wache, damit der Vorfall dort festgestellt würde.

Dieser Vorfall war dem Oberstaatsanwalt beim Landgericht III bedeutungsvoll genug, um öffentliche Anklage zu erheben, und zwar sollte Teichmann sich des „groben Unfugs“ und der öffentlichen Beleidigung des Stahlhelmmannes durch die Berührung mit der roten Fahne schuldig gemacht haben und Schuld der gemeinschaftlichen Körperverletzung. In der Hauptverhandlung spielte der mit dem Stahlhelmschilder geschmückte Reichsbankrat als Zeuge eine recht komische Figur.

Das Gericht folgte jedoch den Ausführungen des Genossen Weinberg und sprach Teichmann glatt frei, während Schuld für straffrei erklärt wurde, da er nur Beleidigungen und Körperverletzungen auf der Stelle erwidert hätte.

Leider hat der Staatsanwalt die Frage des Verteidigers, aus welchem Grunde hier eigentlich das zur Anklageerhebung durch die

Staatsanwaltschaft erforderliche öffentliche Interesse angenommen sei, statt daß der Reichsbankrat auf den für gewöhnliche Staatsbürger bei derartigen Beschuldigungen vorgesehenen Weg des Privatklageverfahrens verwiesen sei, nicht beantwortet.

Oeffentliche Kundgebungen

131. Abt. - Niederschönhausen. Mittwoch, den 11. Februar, 20 Uhr, im Lokal Sanssouci, Nordend, Kaiser-Wilhelm-Strasse. Thema: Sozialismus oder Nationalsozialismus? Redner: Dr. Julius Moses, M. d. R.

14. Kreis - Neukölln. Donnerstags, den 12. Februar, 19 1/2 Uhr, in Klerns Festsaal, Hasenheide 13. Thema: Mein Kampf mit Gottfried Feder. Redner: Professor Nöbling, M. d. L.

Parteilosen, Republikaner, Gesinnungsreunde, erscheint in Massen! Keitt den Faschismus bekämpfen!

Reichsgericht und Landfriedensbruch.

Etwa keine milde Auslegung für Nationalsozialisten?

Das Reichsgericht hat kürzlich eine Entscheidung getroffen, die das Interesse der weitesten Öffentlichkeit verdient. Das höchste deutsche Gericht hat ein Urteil des Landgerichts I gegen Nationalsozialisten aufgehoben.

Am 3. Juni hatte das Landgericht I die Nationalsozialisten Born, Kied und Seibell wegen schweren Landfriedensbruchs, Körperverletzung mit Todeserfolg und unbefugten Waffentragens zu einer Gesamtstrafe von 3 Jahren, 6 Monaten und 1 Tag Gefängnis verurteilt, und drei weitere Nationalsozialisten wegen einfachen Landfriedensbruchs zu je 6 Monaten Gefängnis. Dem Urteil lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Zwischen den Stammtischen der Kommunisten und Nationalsozialisten am Görtlicher Bahnhof bestand seit länger Hochspannung. Am 28. Dezember 1929 sollten Nationalsozialisten von Kommunisten bedrängt worden sein. In der Nacht vom 29. zum 30. Dezember verabredeten sich sechs Nationalsozialisten, ihren politischen Gegnern eins auszumischen.

Das Reichsgericht war anderer Ansicht. Es hob das Urteil auf, mit der Begründung, die Annahme des Gerichts, eine Zusammenrottung habe vorgelegen, sei irrtümlich, weil auf der Straße stets die Möglichkeit der Beteiligung einer unbestimmten oder unbestimmbar Personenzahl gegeben sei.

Falle um Mitternacht hat ja ein Verkehr auf der Straße überhaupt kaum stattgefunden. Hinzukommt noch der Umstand, daß die Teilnehmer an dem Überfall sich anscheinend eben aus dem Grunde in Gruppen geteilt haben, um möglichst unbemerkt zu bleiben.

Die schwer zu verstehende juristische Sprache in verständliches Deutsch überetzt, würde das also bejagen: Wenn Nationalsozialisten nicht besonders entfernt von ihrem Lokal sich zusammensind, um auf der Straße um mitternächtliche Zeit ihre politischen Gegner zu überfallen, so ist das nicht Landfriedensbruch. Die Frage ist nun berechtigt: Hätte das Reichsgericht ebenso entschieden, wenn es sich um Kommunisten gehandelt hätte?

Acht Berliner Schneidergesellen.

Was sie wollten und was daraus wurde.

Gefragt dem unergiebigen Beispiel der englischen Begründer des gesamten modernen sozialen Genossenschaftswesens, der „roth-schwarzen Pioniere von Rochdale“, haben sich am 10. Februar 1906, also heute vor genau 25 Jahren, acht Berliner Schneidergesellen zusammen und gründeten eine Schneiderproduktionsgesellschaft, die sie hoffnungsvoll Hoffnung nannten.

Zimmer neue Erbstöße in Neuseeland.

Wie aus Neuseeland gemeldet wird, werden in der Stadt Waioira immer noch Erbstöße verspürt, die zwar leichter Natur sind, jedoch eine Anzahl beschädigter Gebäude zum Einsturz gebracht haben.

W. Seemann C. Wöhle
Unternehmer

(Schluß)

Die dritte Kalkulation: Der Jugendliche verdient bei zwei Stunden Mehrarbeit wöchentlich zweimal fünf- unddreißig gleich siebzig Pfennig mehr. Siebzig Pfennig sind für einen Jungen allerlei Geld! Siebzig Pfennig ergeben den Monatsbeitrag für den Fußballklub oder einen Kummelplatzbesuch an der Seite seines Mädchens.

Die Firma wird jetzt neue Anzeigen hinausjagen: Laufendes Band, schnelles Band, Triumph der Technik! Wieder werden es die Lautsprecher in alle Wohnblöcke hineinbrüllen: „Hallo! Hallo! Hausratsfabrik Ludwig Eisermann Nachfolger, Berlin, Frankfurter Allee, hat die rationellsten neuzeitlichen Arbeitsmethoden!“

Franz Eisermann, der dreißigjährige Chef, in drei Tagen hatte er das neue System fertig. Es war hiebei und sich selbst bis auf das kleinste Schraubchen, bis in die letzte Sekunde hinein berechnet. Da blieb kein Raum mehr für Zufälligkeiten. Jahr griff in Jahr, es lief alles zwangsläufig, festgehalten auf unzerbrechbaren, stählernen Schienen.

Am vierten Tage legte er seine Berechnungen Sandow vor.

Der las: Erster Arbeitstag! und studierte die Kalkulation. Zweiter Arbeitstag... und je weiter er las, desto mehr kniff er die Augen zusammen, als blende ihn die Helligkeit, die von all dem beschriebenen Papier ausging.

Als er nach anderthalb Stunden den letzten Bogen aus der Hand legte, sah er mit ehrlichem Erstaunen den jungen Eisermann an: „Franz, du bist doch ein ganzer Kerl! Nie hätte ich geglaubt, daß sich unser System noch mal unterteilen ließe! Aus dir wird noch was werden!“

Franz lachte: „Es ist die Grenze des Möglichen, Onkel Sandow! Weiter läßt es sich nicht mehr dehnen!“

Zwei Tage später waren drei neue Büromädchen engagiert.

Die andern packten ihre Sachen. Auch der älteste Wertmeister ging, der befähigste von allen dreien.

„Schade um den Mann, Franz!“ sagte Sandow. „Schade um meine zehntausend Mark, Onkel Sandow!“ antwortete Franz.

Damit war die Diskussion über diesen Fall erledigt.

Am dritten Tag waren vierhundert Arbeiter neu eingestellt, zwanzig mehr, als es vordem waren, und ein Stab neuer Reisender engagiert.

Die Firma Ludwig Eisermann Nachfolger produzierte tatsächlich um achtundzwanzig Prozent billiger als bisher und gab ihre Ware zu dem neuen Preis an die Engros Händler ab.

Sie schlug damit jegliche Konkurrenz aus dem Felde. Ja, sie war in stande, um volle zwölf Prozent billiger zu produzieren als der billigste Krauter, der seinen Bierzehnjahrestag schaffete!

Die Gesellen kamen in den Betrieb, blieben drei Tage, zwei, einen Tag und liefen wieder davon. In dieser Firma war ja kein Arbeiten mehr; was da verlangt wurde, war offener Raub der Arbeitskraft!

Marl und Blut wurde ausgefaugt. Der Arbeitsschweiß, der bittere, rann in Strömen. Aber trotz aller Akkordschusterei blieb der Verdienst dennoch knapp.

Wie Irregewordene, vor Müdigkeit und Erschlaffung taumelnd, liefen die Leute am Feierabend aus dieser Fabrik. Es war nicht mehr menschlich. Aber an den freigewordenen Plätzen drängten sich drei, vier Arbeiter für einen! Von den Arbeiterinnen und Jugendlichen gar nicht zu reden!

Schließlich war auch das Wechseln der Arbeitspläne überwunden, der Betrieb hatte sich eingespigelt und lief und

lief und lief und spielte Hausrat, Hausrat in unendlichen Mengen aus.

Die Dieserautos kamen nicht mehr zur Ruhe; die Chauffeure mußten in Doppelschichten arbeiten.

Aufträge, Aufträge flogen ins Haus. Es gab keine Konkurrenz mehr; sie war glatt überannt. Keine Konkurrenz mehr! Weder in Berlin, noch in Pomern, noch in Holstein, noch im Rheinland, noch in Ostpreußen.

Nicht einmal die berühmte Qualitätsware aus Bayern schlug die Eisermannsche.

Die Aufträge der Firma hatten nicht überlebt; der Eisermannsche Hausrat war tatsächlich der billigste und dabei der schönste im Lande!

Die gediegenen Ausstattungen Ludwig Eisermann Nachfolger liefen über das ganze Reich und waren im besten Zuge, sich die verloren gegangenen Märkte im Ausland wieder zu erobern. Auch von dort kamen Aufträge.

Noch nie seit ihrem Bestehen hatte die Fabrik mit solchem Hochdruck gearbeitet. Nie war ihr Ruf besser gewesen als jetzt, wo der junge Eisermann die Zügel in die Hand genommen hatte.

Sandow, der diese Kapitän in seinem Glaskasten, freute sich, daß der Kasten auf immer höhere Fahrt kam. Bei der geringsten Kleinigkeit, die ihm wider den Strich ging, brüllte er los, wie in seinen Glanztagen. Sogar im fernsten Saalwinkel zogen dann die Leute für einen Moment das Genick ein.

Nur im Kontor der Tante Wilhelmine brüllte er nie. Da war er manierlich. Da rauchte er seine Frühstücksigarre, zreds „Abrechnung“, wie er behauptete. In Wirklichkeit kam er nur rein, um mit der Witwe ein paar Worte zu plauschen. Er hatte das Bedürfnis, sich mit der alten Dame auszusprechen. Es gab für ihn, seit die Fabrik so in Schwung war, nur ein Thema: den Jungen! Der hatte das Zeug in sich, ganz „der Alte“ zu werden, ja, über seinen Vater noch ein paar Stockwerke hinauszumachen.

Tante Wilhelmine nidte eifrig. Sie war mit dem Dicken der gleichen Meinung.

Wirklich, „der Junge“ hatte sein Bummelfahr reichlich wettgemacht und bereits im ersten neuen Produktionsmonat die Scharte mit Ischas zehntausend Mark ausgewetzt.

Längst schon hätte er die Photographie seines Vaters aus dem Gefängnis der Schreibschublade befreit und sie triumphierend an den alten Platz stellen können; denn er hatte sein Gelübnis getreulich erfüllt.

Er tat's aber nicht.

Franz, der Sohn Ludwig Eisermanns, sein Pfling, sein Erbe, hatte vor lauter Unternehmung das Bild seines Vaters vergessen.

Alte Kirchen — neue Menschen.

Kundgebungen der Freidenker.

Am Sonntag vormittag veranstaltete der Bezirk Groß-Berlin des Deutschen Freidenker-Verbandes eine große Kundgebung: Alte Kirchen — Neue Menschen.

Der Redner, Genosse Josef Luitpold Stern aus Wien, beabsichtigte nicht, den Freidenkern mit der Bezeichnung „Neue Menschen“ zu schmeicheln, vielmehr sei dies eine Forderung, die allerdings besonders die Freidenker an sich stellen müßten, und „Alte Kirchen“ seien nicht nur die uns bekannten kirchlichen Institutionen, sondern jede zum Dogma erstarrte Lehre. An der Verbreitbarkeit unserer Gegner muß unser Arbeitseifer wachsen, um die Waffen der Wissenschaft gegen alle Mächte der Finsternis erfolgreich anzuwenden. Die begeistert ausgenommene Rede und Darbietungen des Freidenkerdoppelquartetts gaben der Kundgebung ein besonders eindrucksvolles Gepräge.

Am Sonnabend sprach Genosse Stern vor den Freidenkerfunktionären und vielen Gästen über die „Nationalisierung der Bildungsarbeit“. Der Vortragende, der als Leiter der Wiener Arbeiterhochschule aus einer reichen Erfahrung sprechen konnte, schilderte zunächst die Entwicklungsgeschichte der Arbeiterbildung, um dann zum eigentlichen Problem zu kommen. Wir haben bis heute noch keine einheitliche Finanzpolitik der Arbeiterbildung, wir haben politische Programme, aber kein Programm der Bildungsarbeit. Hier muß eine Konzentration gefordert und durchgeführt werden, auch wenn sie persönliche Opfer erfordert. Freilich ist das schwerste Hindernis auch auf diesem Gebiete die Spaltung des Proletariats. Aber der Weg muß beschritten werden, und wir müssen auch heute schon Forderungen erheben, die jetzt vielleicht noch utopisch klingen. So müßte ein einheitlicher Kulturbekämpfung festgesetzt werden. Hieraus, so schloß der Redner, würde sich der Bildungsfunktionär von heute entwickeln als der Sozialfaktor der Kultur.

Wer findet den Lumpen?

Er stahl einem Greis die gesamten Ersparnisse.

Einem ganz üblen Patron fiel ein 80 Jahre alter Händler aus Reinickendorf in die Hände.

Der Mann, der schlecht zu Fuß ist, treibt einen kleinen Handel mit Fündhölzern und anderen Bedarfsartikeln in Gastwirtschaften. In einem Lokal machte sich ein Mann an den Händler heran und spielte den Hilfsreichen. Er erbot sich, beim Verpacken der Waren zuzugreifen und forderte den Händler auf, mit in seine Wohnung zu kommen und dort eine Tasse Kaffee zu trinken. Er selbst wollte erst noch in den Keller gehen und Kohlen holen. Vertrauensvoll überließ der alte Mann dem „Helfer“ sein Portemonnaie, damit er es in den Kuchsaal stecke. Vergesslich wartete er vor der Wohnungstür und mußte, als er schließlich klingelte, erfahren, daß dort ganz andere Leute wohnten. Bestürzt sah er jetzt in seinem Kuchsaal nach und entdeckte, daß ihm sein Portemonnaie mit seinem ganzen Besitz — 1330 Mark, einem Trauring und einer silbernen Uhr mit dem Firmenzeichen „Wünsche-Reinickendorf“ gestohlen worden war. Zurückgelassen hatte der gemeine Dieb nur die geringwertigen Handelswaren.

Von dem Spitzhaken kann der alte Mann nur eine flüchtige Beschreibung geben, man hat deshalb noch keine Spur von ihm gefunden.

Im Namen des Volkes!

Die Sozialdemokratische Partei und das Reichsbanner des 12. Kreises Steglitz, Conwit-Lichterfelde hatten zu einer öffentlichen Kundgebung in den Lichterfelder Festsälen aufgerufen, in der es zu einem vernichtenden Urteil gegen die Verbrecher in der nationalsozialistischen Führerschaft und gegen das unerträgliche Kommissariat in dieser Partei kam.

Wie immer mußte auch hier in Abwesenheit der Angeklagten verhandelt werden. Die Anklagerede hielt Genosse Dr. Mierendorff. Er brachte ein erdrückendes Material bei von Schuld und Verbrechen, von ungeführten Mordeatern, von politischer Unfähigkeit und tückischer Charakterlosigkeit der Nationalsozialistischen Partei. Die Beweisführung war so klar und anschaulich, daß, wenn die zahlreiche Zuhörerschaft Richter gewesen wäre, sie einstimmig die Verurteilung der Angeklagten gefordert hätte. Freilich gestaltete sich auch diese Anklagerede zu einer gewissen Verteidigung der Massen nationalsozialistischer Wähler, die in dem heutigen kapitalistischen Umgestaltungsprozess an die Wand gedrückt werden und mangels politischer Erkenntnis und Schulung dem Scharlatan und Zauberkünstler Hitler ins Garn gehen. Die Stunde wird kommen, wo auch diese irreführten Mittelständler erkennen, daß sie von Hitler ebenso betrogen wurden wie Mussolini das Bürgertum Italiens betrog. Schon heute reißt sich das Großunternehmertum vergeblich die Hände über die Willfährigkeit der Nazis, für ihre Interessen zu agitieren. Der Redner brachte seine Anklage auf folgende Formel: Es gibt zwei Arten von Legastat: Entweder wird der politische Kampf auf parlamentarischem anständigen Wege ausgefochten, wie wir es gewohnt sind, oder man kommt, wie die Faschisten es anstreben, durch Gewalt zur Macht. Für beides werden wir gerüstet sein: Wählen die Faschisten den Bürgerkrieg, so werden wir sie mit den äußersten Mitteln bekämpfen. Aber wir warnen! Wir klagen schon jetzt die gewissenlosen nationalsozialistischen Führer des Verbrechens an, Unfrieden im Volke zu stiften! Wir klagen die Nationalsozialisten des Landesverrats an, Deutschland in seiner Zerschellenheit den Feinden in die Hände zu spielen! Gegen heimtückischen Mordmord werden wir uns zu schützen wissen! Der Redner rief alle Republikaner auf, sich Seite an Seite mit den Werttätigen zu stellen und einzutreten für die heilige und große Sache der Freiheit und Gerechtigkeit in Deutschland!

Die Anmeldung der einzuschulenden Kinder muß bis zum 15. Februar erfolgen. Alle fortschrittlichen Eltern schulen ihre Kinder in den weltlichen Schulen ein. Für den westlichen Teil Kreuzberg-Einsiedlung in den weltlichen Schulen Diefenbachstraße 60/61. Anmeldungen von 12 bis 13 Uhr im Amtszimmer.

Heilbäder und Heilquellen

Tagungen der märkischen Kurorte, der Ostseebäder und der preußischen Staatsbäder

In den letzten beiden Wochen haben, dem Herkommen gemäß, die Tagungen einer Anzahl wichtiger Bäder- und Kurverwaltungen stattgefunden, ohne daß die Öffentlichkeit viel davon erfahren hat.

Das für Berlin nächstliegende dürfte die Generalversammlung des Verbandes märkischer Kur- und Erholungsorte sein, die von 90 Vertretern aus 23 verschiedenen märkischen Kurorten und Sommerfrischen besucht war. Der erste Vorsitzende Erster Bürgermeister Stoll, Fürstenwalde, unser Parteigenosse, gab den Geschäftsbericht, aus dem hervorging, daß der Verband im verfloffenen Jahr 8700 Erholungsuchende unterkunftete in märkischen Kurorten und Sommerfrischen nachweisen konnte. Das wichtigste an dieser Tagung aber war die Mitteilung von einem Abkommen, das zwischen dem gleichfalls unter der Leitung eines Sozialdemokraten, des Oberbürgermeisters von Brandenburg a. d. H. Dr. Fresdorf stehenden Brandenburgischen Verkehrsverbandes dem unter Leitung des Oberbürgermeisters von Frankfurt a. d. O. Dr. Rinne stehenden Verkehrsverbandes der Ostmark und dem Verband märkischer Kur- und Erholungsorte geschlossen worden ist, wonach das bisher dem Verband der Kur- und Erholungsorte unterstehende Märkische Verkehrsbüro in Zukunft in den Dienst der genannten drei Verbände gestellt wird.

Die Propaganda für den Besuch der Mark wird einer neuen Interessengemeinschaft übertragen werden.

Die Not der Zeit zwingt viele, den Urlaub, wenn es überhaupt dazu kommt, in der Nähe Berlins zu verbringen. Die bekannten Gegenden der Mark, die fast immer auch die schönsten sind, sind selber keineswegs die billigsten und es wäre sehr dankenswert, wenn der neue Dreierverband besonders scharf auf die Preisgestaltung achten würde. Es ist sehr zu begrüßen, daß an der Spitze dieser märkischen Heimat- und Verkehrsverbände zwei Sozialdemokraten stehen. Auch ein Beweis für viele, daß der Sozialdemokratie der Gedanke der Heimat, ihres Schutzes, ihrer Pflege und ihrer Förderung durchaus vertraut, durchaus selbstverständlich ist. Was sich die Nazis und ihre deutschnationalen Wühlkammer endlich einmal merken könnten.

Weiterhin kamen in Berlin die Vertreter des Verbandes Deutscher Ostseebäder zu ihrer Jahresversammlung zusammen. Die Ostseebäder haben, wie alle Kur- und Badeorte, jetzt ihre schweren Sorgen, aber man glaubte, hinsichtlich der vom Publikum erwarteten weitgehenden Ermäßigungen der Kurtagen nicht sehr viel versprechen zu können, zumal die Kurtage in den letzten Jahren nirgend erhöht worden ist. Man witterte auch gegen das Ueberhandnehmen der Auslandsreisen deutscher Reichsangehörigen. Unbedingt zuzustimmen ist dem Wunsch des Verbandes, daß die Reichsbahndirektion (es kommen wohl die Direk-

tionen Berlin und Stettin in Betracht) endlich sich entschließen mögen, Sonntagsrückfahrkarten von Berlin zu den Ostseebädern einzuführen. Temperamentvoll und geschickt wurde diese Forderung von dem Direktor Schmidt von dem Pommerischen Verkehrsverband vertreten. Wir wollen heute nur das eine dazu sagen, daß sich die Reichsbahndirektion in dieser und auch in mancher anderen Hinsicht äußerst langweilig und äußerst dickstellig, man möchte sogar sagen volksfeindlich benehme. Denn es ist durchaus nicht zu verstehen, warum man zwar Sonntagsrückfahrkarten von Berlin nach Bernigrode und Blankenburg am Harz aber nicht zur Ostsee bekommt. Vielleicht äußert sich die Berliner Reichsbahndirektion einmal darüber.

Eine dritte Zusammenkunft betraf die Kurdirektoren und leitenden Ärzte der dem preußischen Staat gehörenden Bäder, und zwar Ems, Schwalbach, Schlangenbad, Rehburg in Hannover, Bertrich in der Eifel, Rennsdorf, Wildungen und Nordern. Es ist noch nicht genug bekannt, daß seit der Revolution sich auch in der Verwaltung dieser Staatsbäder ein bedeutender Umschwung vollzogen hat. Man ist auf das ernstlichste bemüht

die dem Staat gehörenden Heilquellen auch der Allgemeinheit, den weitesten Kreisen keltender Volksgenossen zugänglich zu machen.

Während die preußischen Staatsbäder vor dem Krieg nahezu ausschließlich dem feudalen Publikum offenstanden (man denke an Ems und Schlangenbad), wird heute überall daran gearbeitet, die Verbindungen mit Krankenkassen, Organisationen usw. herzustellen. Und während vor dem Krieg die Kranken, die arm waren mit Medizin, Tabletten und ein paar Bädern in der Heimat abgepflegt wurden, können heute, dank dem modernen Zug in der preußischen Staatsverwaltung (auch das mögen sich die Nazis hinter die Ohren schreiben) Tausende von Kranken unter Mithilfe der Rassen unmittelbar an die jenseitigen Heilquellen gebracht werden. Wie der bekannte Bäderfachmann Professor Weichlein kürzlich ausführte, verdienen die Versuche der preußischen Staatsbäder zur Einrichtung von Winterkuren erste Beachtung. Einem anderen sehr beachtenswerten Versuch macht der Kurdirektor v. Maillet in Schlangenbad. Er richtet für die Zeit vom 1. April bis 15. Mai und 15. September bis 15. Oktober sogenannte Pauschakuren ein, bei denen der Gast für 26 Tage Aufenthalt mit voller Pension, Kurtage, 12 Bädern und vier ärztlichen Konsultationen insgesamt 185 M. zahlt. Unter Beihilfe der Krankenkassen und Reichsversicherungen sind solche Kuren auch für Kranke mit mittlerem Einkommen noch erschwinglich. Gewähr ist hier noch vieles im Werden, aber wer möchte so kleinmütig und mißgünstig sein, dieses Werden gering zu schätzen, statt anzuerkennen und zu fördern.

Sozialistische Studentenschaft Universität Berlin

Donnerstag, den 12. Februar 1931, 10 Uhr, im Orpheum, Berlin S 59, Hasenheide 32-38

Oeffentliche Versammlung

Redner: Dr. Carl Mierendorff, M. d. R.

Thema: „Hakenkreuz von links! — In welchem Lager steht Deutschland!“ Anschließend Diskussion.

Eintrittskarten 20 Pfennig, für Erwerbslose frei. — Gäste willkommen!

Nazi mußte sich den Bauch halten.

Wozu Riemen und Koppelschloß gut sind.

Die Anhänger des dritten Reiches hatten sich zur Reichsgründungsfeier in großer Anzahl auf dem Platz der Republik eingefunden. Beim Abmarsch der Ehrenkompanie glaubten sie durch Rufe „Heil Hitler“ und „Deutschland erwache“ bei der Reichswehr für sich und das dritte Reich Propaganda machen zu müssen. Einer der Heil-Hitler-Schreier wurde von den Schupoleten zwangsgestellt. Die Beamten behaupteten vor dem Schnellgericht, der junge Landwirt mit dem arischen Namen Koppelschloß habe auch Hitler-Bloder gefungen. Das wollte er jedoch nicht wahr haben. Bei der Feststellung seiner Persönlichkeit fand man um seinen Bauch einen Riemen mit Koppelschloß befestigt. Er benötigte Riemen und Schloß, sagte er, um seinen Bauch zu halten, denn es fehle ihm eine Niere. Am Koppelschloß war aber — ein Dolch befestigt. Wie er dahin gekommen, wollte der Bursche nicht wissen; anscheinend war er für eine fremde Niere bestimmt.

Das Gericht verurteilte den Nationalsozialisten mit dem Dolch für fremde Nieren zu einem Monat Gefängnis.

Tragischer Tod eines Knaben.

Durch einen Zug getötet, den der eigene Vater führte.

Offenburg (Baden), 9. Februar.

Der neun Jahre alte Volksschüler Fridolin Hug, Sohn des Lokomotivführers Hug, fuhr gestern beim Rodeln in Oberharmersbach auf den letzten Personenwagen des Zuges der Reichenbach-Biberach-Oberharmersbach aus, wurde zurückgeschleudert und brach das Genick. Er war sofort tot. Den Zug, der dem Knaben zum Verhängnis wurde, führte sein eigener Vater.

Große Kälte in der Schweiz und in Tirol.

In der ganzen Schweiz ist es in den letzten Tagen erheblich kälter geworden. In den Bergen des Neuenburger Jura wurden bis 33 Grad Kälte gemessen. In Bern sank die Temperatur auf 15 Grad. Viele kleinere und größere Seen, wie z. B. der Bieler

See, sind zugefroren. In Tirol hat, wie aus Innsbruck gemeldet wird, das anhaltende Frostwetter den kältesten Tag des diesjährigen Winters gebracht. Die Temperatur betrug morgens 17 Grad unter Null. Nach der Wettervorhersage ist das Ende der Frostperiode noch nicht abzusehen.

Drei Stallburschen verbrannt.

80 Rennpferde in den Flammen umgekommen.

New York, 9. Februar.

In Dakota vernichtete ein Riesenfeuer die für ein Reitturnier erbauten Stallungen. Dabei verbrannten drei Stallburschen und 80 wertvolle Rennpferde.

Schiffszusammenstoß in Japan.

Vermutlich 50 Tote.

Der französische Passagierdampfer „Porthos“ stieß unweit des Hafens von Kobe mit einer Dampffähre zusammen, die sofort sank. 25 Personen wurden zwar gerettet. Doch wird befürchtet, daß 50 Ertrunken sind.

Freie Sozialistische Kochschule. Am kommenden Sonnabend, dem 14. Februar, 1931, Uhr, findet im Vemarcial des ehemaligen Verbandsrats, Leipziger Str. 3, ein Vortrag der Genossin Oda Oberg-Sien über das Thema: „Die Zuspitzung der italienischen Diktatur“ statt. Karten zum Preise von 50 H. (einschl. Garbender) sind an folgenden Stellen zu haben: Büro des Bezirksbildungsamtes, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 2 Treppen; Arbeiterjugend Groß-Berlin, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 2 Treppen; Buchhandlung J. H. B. Diez Nachf., Lindenstr. 2; Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstraße 65; Deutscher Holzarbeiter-Verband, Am Köpenicker Park 2 und Kunze-Str. 30; Verband der arabischen Hilfsarbeiter, Ritterstraße Ecke Luisenpark; Sportring-Gesellschaft Ostf. Genselstr. 24/25; Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, Diefenbachstr. 3; Zentralverband der Angestellten, Ledemondstraße 12; Belegschaft des R.D.M. Abteilung Sortiment, Anleierstr. 64; Frauensekretariat der SPD, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 2 Treppen; Belegschaft für Arbeiterwohlfahrt, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 2 Treppen; Geschäftsstelle des Lourdesvereins Naturfreunde, Johannistr. 15 und an der Abendkasse.

...gewiß! — Bohnen-
kaffee schmeckt gut. Aber
Kathreiner schmeckt
auch gut — und ist (sehr
viel!) billiger ...



Gutes und sparsames Kochen

ermöglicht MAGGI'S Würze

Wenige Tropfen verbessern schwache Suppen, Soßen, Gemüse, Salate usw.

Wie Scherl an Hugenberg kam.

Die Vorgeschichte des Hugenberg-Konzerns wird untersucht.

Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags zur Nachprüfung der Kreditgewährung der Preußentasse hielt am Montag eine öffentliche Sitzung ab, in der die Untersuchung über die Finanzgeschäfte der Preußentasse bzw. des preussischen Staats mit den „Konkursbedrohten Untersuchungen des Geheimrats Hugenberg“ festgesetzt werden sollte.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Deereberg (Dnat.), teilte nach Eröffnung der Sitzung mit, der Ausschuß habe heute zu prüfen,

ob die Preußentasse staatliche Mittel zum Kauf des Scherl-Verlags und zur Gründung des Düsseldorf-Verlagsvereins gegeben habe.

In einer Geschäftsordnungsdebatte behaupteten die deutsch-nationalen Vertreter, es handle sich nicht um Regierungsgeld, vielmehr habe eine bestimmte Gruppe über die Preußentasse den Verlagsverein Gelder zugeleitet.

Die Vorgeschichte.

Vors. Dr. Deereberg (Dnat.) hält den Zeugen vor, es handle sich um die Nachprüfung von Mitteilungen, die Prof. Ludwig Bernhard in seiner Broschüre über den Hugenberg-Konzern gemacht habe. Der Vorsitzende erläutert die Vorgeschichte dahin, daß 1911 August Scherl mit Rudolf Mosse einen Vertrag schloß, wonach Mosse 1,5 Millionen Mark Vorzugsanteile und 750 000 M. stimmberedhtigte Stammanteile übernahm. Scherl habe dann den Verkauf des ganzen Verlags ins Auge gefaßt. Als Reflektanten seien Mosse und Wille in Frage gekommen. Die Regierung, besonders der Landwirtschaftsminister, hätten damals gefürchtet, daß auf diese Weise ein bedeutender politischer Faktor verloren gehen würde. Anfang 1913 hätte Scherl dem Reichskanzler von Bethmann-Hollweg erklärt, man habe ihm 11 1/2 Millionen für die restlichen Stammanteile angeboten. Er, Scherl, wüßte aber Freunden der Regierung den Verlag für 10 Millionen überlassen. Das Angebot müsse aber bis zum Juli 1913 vorliegen.

Bethmann-Hollweg habe sich bemüht, einen Käufer zu finden, aber erfolglos.

Scherl habe die Optionsfrist bis zum 1. Oktober 1913 verlängert unter der Bedingung, daß bis zum 28. Juli 1913 1,5 Millionen Mark gezahlt werden, die zurückgezahlt werden sollten, falls der Vertrag nicht zustande käme. Der Vertrauensmann Schorlemer, der die Verhandlungen führte, habe in Baron von Oppenheim und dem Finanzmann Louis Hagen ein interessiertes Konfinitum gefunden. Das Bankhaus Oppenheim über habe dann in den ersten drei und später 8 Millionen gezahlt. Anfang 1914 habe Scherl seine familiären Kerner als Geschäftsführer der Gesellschaft niedergelegt. Die nunmehrigen Eigentümer hätten sich zum Deutschen Verlagsverein in Düsseldorf zusammengeschlossen.

Durch Schreiben vom 19. Juni 1915 regte der Verein bei dem feinerzeitigen Unterhändler für den Landwirtschaftsminister und den Reichskanzler an, ihm einen Vorstoß von 8 Millionen zu überlassen.

Die 8 Millionen sollten unverzinstlich und bis auf 10 Jahre un kündbar sein. Die Regierung sei darauf in interne Erwägungen eingetreten, die dazu führten, daß Landwirtschaftsminister von Schorlemer sich an Kirdorf, Krupp und andere Ruhr-industrielle wandte, um dem Verlagsverein zu helfen. Die Regierung selbst, so jagt das Buch Bernhards, habe aus unbekannter Quelle nicht mehr als eine Million geben können. Krupp habe den Vorsitzenden seines Direktoriums, Geheimrat Hugenberg mit der Prüfung der Sache betraut. Hugenberg habe eine finanzielle Untersuchung des Scherl-Verlags und des Deutschen Verlagsvereins vorgenommen. Die Bankausden des Deutschen Verlagsvereins seien, immer nach dem Buche Bernhards, getilgt worden durch eine von unbekannt zur Verfügung gestellte Summe von 1 Million und durch die von der Hugenberg-Gruppe aufgebracht 6,1 Millionen. Hugenberg habe für die Einräumung des Kredits die Majorität erhalten. Daraus ergab sich, daß Hugenberg am 25. März 1916 der unbefristete Herr des Scherl-Verlags war.

Der Vorsitzende meint, es komme nun darauf an, festzustellen, welche unbekannt Seite es sei, die die eine Million zur Verfügung gestellt habe, und zweitens, ob die 6,1 Millionen der Hugenberg-Gruppe aus staatlichen Krediten herbeibringen oder aus Mitteln der Hugenberg-Gruppe. Schließlich sei festzustellen, wie die Differenz sich erkläre, daß Hugenberg 17 Millionen für die Sanierung des Scherl-Verlags und des Verlagsvereins für erforderlich hielt, während nur 7,1 Millionen aufgebracht wurden und man zugleich sagte, die Sanierung sei durchzuführen. Es frage sich, wo die übrigen 10 Millionen hergekommen seien.

Es wurde dann Ministerialdirektor a. D. Kauh, der damals Referent in der Preußentasse war, vernommen, doch ergab seine Vernehmung nichts Wesentliches.

Abg. Koennicke (Dnat.) erklärte, in dem sozialdemokratischen Antrag, der die jetzigen Untersuchungen des Ausschusses veranlaßt habe, werde gesagt, daß aus Mitteln der Preußentasse im Jahre 1914 fünf Millionen Mark „an den Deutschen Verlagsverein in Düsseldorf — Geschäftsführer Geheimrat Hugenberg — ohne jeden Rückhalt“ gezahlt worden seien. Da Hugenberg damals noch nicht Geschäftsführer des Deutschen Verlagsvereins war, stehe also die ganze Untersuchung auf einer falschen Grundlage.

Es wird als weiterer Zeuge Geh. Finanzrat Bankdirektor Joost, Präsident der Thüringischen Staatsbank in Weimar vernommen. Der Zeuge erinnert sich, daß Präsident Heiligenstadt elflichen Herren der Preußentasse seiner Zeit davon Kenntnis gegeben habe, daß irgend jemand einen Kredit nachgesucht habe. Ueber Einzelheiten des Geschäftes wisse er nichts mehr. Jedenfalls sei der Kredit regulär zurückgezahlt worden. Er erinnere sich auch nicht, daß in Verbindung mit dieser Kreditaktion der Name Hugenberg genannt worden sei. Daß die Preußentasse Geld ohne genügende Sicherheit gegeben habe, sei ausgeschlossen. Ebenso ausgeschlossen sei es, daß Geld aus irgendeinem Schwarzfonds gegeben worden sei. Abg. Koennicke (Dnat.) bittet um Klarstellung, ob es überhaupt zu einer Hergabe der 2,5 Millionen Mark gekommen sei. Nach der

bisherigen Auffassung sei lediglich der Kredit eingeräumt, aber nicht in Anspruch genommen worden.

Berichterstatter Kuttner (Soz.): Nach meiner noch nicht vollständigen Kenntnis der Akten ist der Kredit im September 1914 beantragt und eingeräumt worden.

Dann brechen die Akten ab und sehen erst im Juli 1916 mit der Nachricht ein, daß der Kredit nicht in Anspruch genommen worden sei. Was dazwischen liegt, ist vollständig dunkel.

Der Vorsitzende Deereberg (Dnat.) verliest einen Schriftwechsel aus dem Juli 1916, wonach v. Oppenheim der Preußentasse erklärte, er trete jetzt von seinem Verpändungsangebot von 1914 zurück und erbitte die deshalb überreichten Urkunden gleichfalls zurück. Aus Briefen der Preußentasse ergibt sich, daß diesem Wunsch Oppenheims entsprochen wurde.

Ein Brief an die Preußentasse.

Es wurden dann zwei Aktenstücke verlesen. Das erste ist ein Brief des Freiherrn von Hammerstein an die Preußentasse, in dem es heißt:

Hochverehreter Herr Präsident! Den Inhalt meines heutigen mündlichen Vortrages beehre ich mich wie folgt zu wiederholen. Der Verlagsbuchhändler August Scherl sah sich im Jahre 1913 genötigt, die ihm gehörigen Stammanteile, Vorzugsanteile und Genussscheine der August Scherl & Co. m. b. H. abzugeben. Als Käufer stellte sich für die Stammanteile die Firma Mosse zur Verfügung.

Aus politischen Gründen sollte der Übergang des großen Scherlschen Presseunternehmens in linksliberale Hände verhindert werden.

Da andernfalls die meistgelesenen Zeitungen Berlins lediglich der Weiterverbreitung linksliberaler Ideen gedient haben würden, Herr Scherl bot hierzu seine Hand, indem er zu Händen des Geheimen Justizrats Loewenfeld ein Angebot abgab über den Verkauf der ihm gehörigen Stammanteile der August Scherl & Co. m. b. H. Nachdem der Herr Reichskanzler längere Zeit verjagt hatte, die zum Erwerb nötigen Gelder aus wohlhabenden Kreisen, die nicht auf linksliberalem Boden stehen, zusammenzubringen, bat er Herrn von Schorlemer, sich dieser Aufgabe zu unterziehen.

Herr von Schorlemer entsprach dem Wunsch und begann seine Bemühungen etwa Mitte Juni vorigen Jahres.

Die Bemühungen hatten den Erfolg, daß eine Anzahl in guter Vermögenslage befindlicher Personen sich zu dem Deutschen Verlagsverein zusammenschloß, der Rechtsfähigkeit durch staatliche Verleihung erlangt hat. Die derzeitigen Mitglieder des Vereins haben etwa 8 Millionen zusammengebracht, davon stammt 1 Million von verschiedenen größeren Tischen, die eine weitere Beteiligung mit 4 Millionen in Aussicht gestellt haben für den Fall, daß das Kohlenmonopol unter Beihilfe des Staates erneuert werden sollte.

Bis auf einen verhältnismäßig geringen Betrag sind diese acht Millionen eingezahlt beim Bankhaus Oppenheim in u. Cie. in Köln, das auf Wunsch des Herrn von Schorlemer, ohne Sicherheit zu fordern, die an Scherl obliegenden Beträge vorgelegt hat. Zu Lasten des Verlagsvereins waren bis zum 1. April d. J. 10 Millionen von Oppenheim abgeführt, weitere 2 Millionen werden Ende des Jahres fällig für Vorzugsanteile und ein Betrag von etwa 1 1/2 Millionen Mitte des Jahres 1915 für die Genussscheine.

Der Inhaber des Bankhauses Oppenheim, Freiherr v. Alfred von Oppenheim, ist am dritten Weihnachtsfesttag zur Division in Glasgow einberufen. Außerdem haben seine drei erwachsenen Söhne unter den Fahnen. Bei seiner Durchreise nach Glasgow hat Herr Freiherr von Oppenheim den Wunsch ausgesprochen, daß ihm die Möglichkeit gegeben werde, im Bedarfsfalle die Millionen, die der Verlagsverein bzw. seine Gründer seinem Hause gegenwärtig noch aus dem Erwerb der Stammanteile schuldig seien, flüssig zu machen. Den genauen Betrag der Oppenheimischen Forderung kann ich nicht angeben; einschließlich der sehr erheblichen Stempels- und Notariatskosten und der im Vorjahr aufgelaufenen Zinsen und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß einige der 8-Millionen-Zeichner den gezahlten Betrag noch nicht voll eingezahlt haben, wird die Forderung etwa rund 2 1/2 Millionen betragen.

Herr Freiherr von Schorlemer hat den dringenden Wunsch, daß dem Bankhaus Oppenheim aus der im Interesse der königlichen Staatsregierung geleisteten Gefälligkeit in diesen Kriegsjahren Weiterungen nicht erwachsen. Es wird deshalb in Weg gebracht werden, dem Haus Oppenheim 2 bis 2 1/2 Millionen zur Verfügung zu stellen.

Freiherr von Oppenheim hat vorge schlagen, die Flüssigmachung in der Weise zu besorgen, daß der Deutsche Verlagsverein auf das Haus Oppenheim einen Wechsel stellt, den dieses akzeptiert und den die Reichsbank zu diskontieren hätte. Verhandlungen mit der Reichsbank haben ergeben, daß außer der Unterstützung des Hauses Oppenheim und des Deutschen Verlagsvereins, der nach den Bestimmungen der Reichsbank eine wechselfähige Personlichkeit nicht ist, noch eine weitere gute Unterstüßung auf den Wechsel gesetzt werden muß, wenn er diskontiert werden soll.

Der Herr Reichsbankpräsident warf mir den Gedanken hin, den Fiskus in irgendeiner Form auf den Wechsel zu bringen

und die etwa aus der Unterzeichnung entstehenden Verpflichtungen mit den Mitteln des Hauptextraordinariums oder des Allerhöchsten Dispositionsfonds zu decken. Diesen Weg der Geldbeschaffung hat der Herr Unterstaatssekretär Michaelis als ungangbar bezeichnet. Auf meine Frage, ob die Verhandlung oder etwa die Preußentasse helfen könne, hatte der Herr Unterstaatssekretär Michaelis nichts Besseres einzuschlagen, daß ich die Angelegenheit mit Euer Hochwohlgeboren bespreche.

Der Herr Unterstaatssekretär ließ durchblicken, daß die Preußentasse die Geldbeschaffung auf eigene Verantwortung nach Prüfung der Güte etwaiger Unterlagen zu machen habe. Bei der politischen Bedeutung der Sache und in Anbetracht des Umstandes, daß die Preußentasse das Geld nicht bar herzugeben brauche, wollte er ihre Hineinschiebung nicht als bedenklich bezeichnen.

Aus den Besprechungen mit Euer Hochwohlgeboren glaube ich entnehmen zu dürfen, daß die Preußentasse bereit sein wird, auf ein Wechselkonto des Bankhauses Oppenheim in Köln über höchstens 2,5 Millionen Mark ihren Namen als Aussteller zu setzen, wenn bei ihr von den 8 Millionen Stammanteilen 5 Millionen hinterlegt werden. Das Akzept hätte über 3 Monate zu laufen.

Herr Geheimrat Schmiedcke, den ich nach der Verhandlung mit Euer Hochwohlgeboren aufgesucht habe, erklärte mir, daß die Reichsbank bereit sein würde, einen Wechsel, der die Unterschriften der Preußentasse und Oppenheims trage, zu diskontieren, auch in eine Proportierung des Wechsels im Bedarfsfalle zu willigen. Falls meine Annahme zutrifft, darf ich Euer Hochwohlgeboren um kurzen Bescheid bitten.

Der Erwerb der Scherl-Preße durch den Deutschen Verlagsverein ist bisher streng vertraulich verhandelt, politische Gründe machen auch ferner die streng vertrauliche Behandlung der Angelegenheit dringend erwünscht.

Noch ein Minister interessiert sich.

Der Berichterstatter verlas sodann aus den Akten des preussischen Innenministeriums ein Schreiben des Ministers des Innern von Dallwig an den Justizminister vom 3. April 1914, in dem Herr v. Dallwig die Verleihung der Rechtsfähigkeit an den Deutschen Verlagsverein mit folgenden Worten begründet:

„Die Begründung des Deutschen Verlagsvereins liegt im dringenden staatlichen Interesse. Ohne die Opferwilligkeit der Vereinsmitglieder wäre der Scherlsche Verlag unter demokratischer Leitung gelangt. Es wären mithin diejenigen Berliner Zeitungen, die infolge ihrer großen Verbreitung für die Anschauungen der breiten Masse des Volkes von besonders großer Bedeutung sind, ausnahmslos in staatsfeindlicher Richtung geleitet worden.“

Mit der Verleihung der Rechtsfähigkeit an den Verein erklärte ich mich daher grundsätzlich einverstanden.“

Der preussische Justizminister hat sich in einem Schreiben an den Minister des Innern, gezeichnet vom Staatssekretär Muegel, vom 14. April 1914 ebenfalls für die Verleihung der Rechtsfähigkeit an den Deutschen Verlagsverein ausgesprochen.

Prof. Bernhard verleugnet seine Angaben.

Als nächster Zeuge wird der Berliner Anwaltsprofessor Ludwig Bernhard vernommen, der das Buch über den Hugenberg-Konzern geschrieben hat.

Der Zeuge schildert eingehend, wie das 59er Konfinitum aus dem Rheinland sich bildete, oder außer den sieben nicht auch noch die weiter erforderlichen acht Millionen aufbringen konnte. Deshalb hätte man Verbindung mit den Bergwerkskreisen aufgenommen. Aber nicht am 25. März 1916, wie sein Buch sagt, sondern, wie er sich nachträglich überzeugt habe, erst am 8. Mai 1916 sei die Hugenberg-Gruppe mit 6,1 Millionen hinzugekommen.

Die weiter fehlende eine Million sei durch Vermittlung der Regierung herbeigeschafft worden, aber nicht aus Regierungsmitteln. Diese eine Million sei als Konventionalstrafe einer großen Firma bezeichnet worden, deren Vermögensgrundlage für die Sanierung von der dafür zuständigen Stelle bestimmt worden wäre. Es sei aber gebeten worden, nicht weiter nach der Quelle dieser einen Million zu forschen.

Als Regierungsgeld hätte diese eine Million gar nicht gefehlt. Die weitere Behauptung seines Buches, daß zur Sanierung von Scherl außer all diesen Beträgen noch zehn Millionen Mark erforderlich wären, sei nach Erscheinen des Buches von den maßgebenden Lenten des Scherl-Verlags entschieden bestritten worden, was er in einer Neuauflage auch vermerken möchte.

Abschließend betonte Prof. Bernhard, nach seiner unter Eid zu äußernden Ansicht bleibe von der Behauptung, daß Regierungsgeld zur Sanierung des Scherl-Verlages gegeben wurden, absolut nichts übrig, wenn auch die Regierung sich frakt dafür einsetze, daß der Verlag nicht etwa an die Häuser Mosse oder Wille kam. Natürlich könne er nicht wissen, ob die Firma Oppenheim, die für die rheinischen Finanzleute nach außen in Erscheinung trat, irgendwelche Geschäfte mit öffentlichen Benzinstituten gemacht habe.“

Junge Bernhard erklärt weiter: Kurz vor Erscheinen seines Buches sei ein angeblicher Beamter des Innenministeriums zu ihm gekommen, von dem der Zeuge den Eindruck hatte, daß er ihn ausfragen wollte. Dieser habe behauptet, im Ministerium seien Akten vorhanden, daß die Regierung sich für den Scherl-Konzern interessiert habe. Bei einem zweiten Besuch dieses Herrn habe dieser erklärt: „Unser Minister will nicht die Wahrheit feststellen, sondern einen politischen Standoff haben.“ Wenige Tage später sei im Landtag die Anfrage Heilmann gekommen und im „Vorwärts“ ein Artikel erschienen, der genau das enthalte habe, was mit ihm, dem Zeugen, besprochen worden war.

Abg. Kuttner (Soz.) wünscht zu wissen, ob der von dem Zeugen erwähnte Mann aus dem Ministerium des Innern sich ihm vorgestellt habe.

Zeuge: Er hat mir keine Karte gegeben, ich habe sie noch nicht wieder gefunden. Daß im Ministerium des Innern seit langer Zeit eine Aktion gegen den Hugenberg-Konzern geplant sei, ist mir seit 1926 bekannt. Im Ministerium des Innern muß ein strebsamer Mann sitzen mit der festen Idee: „Wir müssen dem Hugenberg-Konzern etwas anhaben.“ (Abg. Kuttner (Soz.): „Das ist Ihre subjektive Ansicht!“)

Die geheimnisvolle Million.

Es entspinnt sich dann eine lange Geschäftsordnungsdebatte über die vermutliche Herkunft der einen Million Konventionalstrafe bezichtigt hatte, die zur Sanierung des Scherl-Verlages von einem Unbekannten zur Verfügung gestellt worden sei.

Abg. Diel (Z.) meint, wenn der Spender dieser einen Million unbekannt sei,

könne man nicht mit positiver Gewißheit behaupten, daß nicht die Regierung dieses Geld gab.

Bernhard erklärt noch, auch Hugenberg kenne die Quelle dieser einen Million nicht, zumal zunächst die ganze Sache für Hugenberg nebensächlich gewesen wäre.

Die Fortsetzung der Zeugenvernehmung wird auf Dienstag vertagt.

Warum Goldwährung?

Ist schlechte Goldverteilung an der Weltkrise schuld?

Der Geldumlauf und die Geldverfassungen der meisten Länder weisen gegenüber den Vorkriegsjahren einen Unterschied auf, an dem wir uns jedoch schon so gewöhnt haben, daß er uns gar nicht mehr bewußt ist. Viele werden sich noch an die goldenen 10- und 20-Mark-Stücke erinnern, an deren Stelle jetzt Banknoten getreten sind. Wie kann man nun behaupten, daß wir eine Goldwährung haben, wenn das Gold doch gar nicht mehr als Zahlungsmittel verwendet wird? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir uns klarmachen,

worin das Wesen der Goldwährung eigentlich besteht.

Das Gold ist die einzige Ware, die in allen Goldwährungsländern einen gesetzlich festgelegten An- und Verkaufspreis hat. In allen diesen Ländern kann man stets sicher sein, eine bestimmte Menge von Banknoten zu bekommen, wenn man eine bestimmte Menge Goldes zur Zentralnotenbank bringt; ebenso kann man für eine bestimmte Menge von Banknoten eine bestimmte Menge Gold erhalten. Das Gold steht also zu den Zahlungsmitteln in einem ganz festen und gesetzlichen Austauschverhältnis. Wenn dies der Fall ist, herrscht Goldwährung, also auch dann, wenn keine Goldmünzen zirkulieren und von den Zentralnotenbanken nur Barrengold ge- und verkauft wird. Das Prinzip der Goldwährung liegt nicht darin, daß goldene Zahlungsmittel vorhanden sind, sondern vielmehr darin, daß das Gold und die Zahlungsmittel in eine feste Beziehung zueinander gebracht sind.

Wozu ist nun ein solches festes Austauschverhältnis zwischen dem Golde und den Zahlungsmitteln notwendig? Zwar hat das Gold in den Goldwährungsländern heute keine Rolle als inländisches Zahlungsmittel fast ausgespielt, aber es ist nach wie vor ein Zahlungsmittel im Verkehr der Länder untereinander. Wenn ein Land eine positive Zahlungsbilanz hat, muß es die Differenz, die es schuldig ist, grundsätzlich mit Gold ausgleichen. Führen wir ein Beispiel an. Ein Land möge im Laufe eines Jahres mehr Waren aus dem Ausland eingeführt haben als an das Ausland ausgeführt. In diesem Falle hat es eine passive Handelsbilanz. Hiermit ist aber durchaus nicht gesagt, daß auch seine Zahlungsbilanz passiv ist, denn es kann noch Forderungen an das Ausland haben, die den Passivsaldo der Handelsbilanz ausgleichen können. So kann es z. B. Forderungen an das Ausland haben, wenn es in einem früheren Zeitraum dem Auslande Kapital geliehen hat, ferner kann es Forderungen an das Ausland aus Frachtdiensten für das Ausland haben u. a. m. Besteht ein Land nun aber keinen Ueberfluß solcher Forderungen ans Ausland über die entsprechenden Forderungen des Auslands ihm gegenüber, so hat es auch nichts, womit es den Passivsaldo seiner Handelsbilanz bezahlen könnte; nunmehr hätte es nämlich auch eine passive Zahlungsbilanz. Diese kann es nur ausgleichen, indem es Gold ins Ausland ausführt.

Damit wird der Sinn der Goldwährung und die eigentliche Funktion des Goldes in der modernen Wirtschaft ganz deutlich. Da das Gold in allen Ländern zu einem festen Preise in die Zahlungsmittel der Länder eingetauscht werden kann, ist es die einzige Ware, die stets angenommen wird; diese Ware ist erstens überall verwertbar und stellt somit ein internationales Zahlungsmittel dar; sie ist zweitens wertbeständig, und ihre Annahme ist darum mit keiner Verfallgefahr verbunden. Das Gold ist darum als einzige aller Waren geeignet, den Ausgleich der internationalen Zahlungsbilanzen zu vollziehen.

Wenn das Gold wandert...

Gegenwärtig stehen wir der Tatsache gegenüber, daß das Gold hauptsächlich aus einer Anzahl von Ländern abströmt und ebenso hauptsächlich in andere Länder, insbesondere Frankreich und die Vereinigten Staaten von Amerika, einströmt. Die Goldbestände der Zentralnotenbanken in Deutschland, England, Frankreich und den Vereinigten Staaten haben sich in den letzten beiden Jahren folgendermaßen entwickelt:

Goldbestände der Zentralnotenbanken in Milliarden Mark.	15. Jan. 29	15. Jan. 30	15. Jan. 31
Deutschland	2,78	2,28	2,22
England	3,15	3,07	2,95
Frankreich	5,60	6,90	8,21
U.S.A.	11,05	12,44	12,85

Aus dieser Zusammenstellung wird ersichtlich, daß die Goldbestände in England und Deutschland leicht zurückgegangen sind, während sich der Goldbestand in Amerika in den beiden letzten Jahren nahezu um 2 Milliarden und der Frankreichs sogar um fast 3,5 Milliarden Mark erhöht hat. Im Jahre 1930 ist allein der Goldbestand Frankreichs um zwei Milliarden Mark gestiegen.

Diese Entwicklung hat vielfach zu der Behauptung geführt, daß die mangelhafte Verteilung des Goldes unter die einzelnen Länder die Ursache der Weltwirtschaftskrise sei. Denn da in den Goldwährungsländern die gesamte Zahlungsmittelversorgung in ein bestimmtes Verhältnis zu ihrem Goldwert gebracht ist — da es gesetzlich vorgeschrieben ist, daß ein Drittel oder ein anderer Bruchteil ihrer Zahlungsmittel mit Gold gedeckt sein muß —, muß in denjenigen Ländern, aus denen das Gold abströmt, die Zahlungsmittelversorgung zu knapp sein. Auf diese Weise sei der Preissturz an den Weltrohmärkten und fernerhin die ganzen Störungen im Wirtschaftsleben zu erklären.

Wir haben nun gesehen, daß die Ausfuhr von Gold dem Ausgleich der internationalen Zahlungsbilanzen dient. Die Tatsache, daß das Gold andauernd in ein bestimmtes Land einströmt, kann also nicht mehr beweisen, als daß dieses Land an alle anderen Länder insgesamt mehr Forderungen hat als diese sämtlichen Länder ihm gegenüber. Die veränderte Goldverteilung kann demnach nicht die Ursache der wirtschaftlichen Störungen sein, sondern muß aus irgendwelchen Störungen in den wirtschaftlichen Austauschverhältnissen der Länder untereinander hervorgehen.

Die Meinung des Völkerbundes.

Auch der Völkerbund hat die Frage der Goldverteilung untersucht. Eine Kommission seines Finanzausschusses hat nach eingehenden Untersuchungen einen Bericht zum Problem der Goldverteilung erscheinen lassen. Dieser Bericht stellt fest, daß die Wirtschaftskrise nicht auf die mangelhafte Verteilung des Goldes zurückgeführt werden kann. Diese sei die Folge von Störungen im weltwirtschaftlichen Gleichgewicht.

In einer derartigen Vertrauenskrise ist es natürlich, daß die kapitalreichen Länder sich in ihrer Kreditgewährung an die kapitalbedürftigen Länder Zurückhaltung auferlegen. Infolgedessen häuft sich das Gold bei ihnen an und wandert nicht wieder in andere Länder ab. Man muß nun nicht etwa glauben, daß eine derartige Ansammlung von Gold in einem Lande für dieses Land selbst wünschenswert ist. So hat Amerika z. B. den Fluß seines Goldreichtums erfahren müssen. Das unaufhörliche Zustießen des Goldes in den letzten Jahren hat hier zu einer Ausdehnung seines gesamten Zahlungsmittelumfangs geführt, weit über

das Maß hinaus, das durch die Bedürfnisse seiner Wirtschaft gerechtfertigt war. Diese auf Grund des Goldstroms neu geschaffenen Kredite führten schließlich zu gewaltigen Börsenspekulationen und in deren Gefolge zu vielen Zusammenbrüchen.

Die mangelhafte Goldverteilung wirkt also immerhin krisenverschärfend. Der Bericht des Völkerbundes führt einige Mittel an, mit denen man schon jetzt versuchen könnte, auf eine bessere Verteilung des Goldes hinzuwirken. Sie bestehen im wesentlichen in banktechnischen Maßnahmen, internationalen Vereinbarungen der Notenbanken zur besseren Verständigung über ihre Kreditpolitik, vorherigen Vereinbarungen der Notenbanken über ihre Goldkäufe u. a. m. Aber die Kommission wird nicht müde zu betonen, daß die wichtigste Voraussetzung für eine vernünftige Verteilung darin liegt, daß die Hemmungen für den Kapitalexport aus den kapitalüberschüssigen Ländern in die kapitalbedürftigen Länder beseitigt werden. Dafür ist es notwendig, daß die kapitalreichen Länder wieder Vertrauen zur Politik und Wirtschaft der übrigen Länder fassen.

Wirtschaftskrise in Frankreich.

140 000 Arbeitslose in den französischen Kohlengruben.

Aus einer vom Generalrat des Departements Pas de Calais angenommenen Entschließung geht hervor, daß der französische Kohlenbergbau infolge Abwagemangel zu starken Betriebseinschränkungen gezwungen ist, und daß in allen französischen Kohlengruben zusammen 140 000 Arbeiter beschäftigungslos sind. Die Entschließung fordert daher die Regierung auf, dafür Sorge zu tragen, daß nicht, wie bisher, ein Drittel des französischen Kohlenverbrauchs aus dem Ausland eingeführt wird.

Neue Preisentwertung im Großhandel.

Der Großhandelsindex hat sich im Laufe des Monats Januar (die Preise im Jahre 1913 = 100 gesetzt) von 117,8 auf 115,2 verringert. Die Ermäßigung macht also 2,2 Proz. aus. Am Rückgang sind die Fertigwaren weniger beteiligt als die Rohstoffe. So verringerte sich der Index für Produktionsmittel also in der Hauptphase der Index für Maschinen, Werkzeuge usw., von 135,1 auf 134,2 Proz. (Rückgang 0,7 Proz.) und der Index für Konsumgüter von 145,8 auf 147,1 (Rückgang 1,1 Proz.).

Für die Agrarkoststoffe ist ein Rückgang von 3,4 Proz. (von 110,4 auf 106,7) festzustellen. Dabei hat sich der Index für pflanzliche Nahrungsmittel um 0,3 Proz. (von 111,3 auf 111,6) erhöht. Darin macht sich die leichte Besserung aus den Getreidemärkten um Monat Januar bemerkbar. Der Viehindex sank von 104,4 auf 97,5 (Rückgang 6,6 Proz.). Der Viehindex hat also wie der Futtermittelindex schon früher den Friedensstand unterschritten. Der Index für Vieherzeugnisse verringerte sich um 5,7 Proz. (von 126,6 auf 119,4).

Bei den industriellen Rohstoffen und Halbwaren vollzog sich eine Ermäßigung um 2,2 Proz. (von 109,8 auf 107,5). Erhöhungen weist der Index für künstliche Dünge- (um 2,2 Proz. auf 82,3) und der Index für Rohstoffe (um 0,2 Proz. auf 129,5) auf. Im übrigen ist der Index für Eisenrohstoffe und Eisen um 3,8 Proz. auf 118,2, der für Metall um 5 Proz. auf 72,7, der für technische Oele und Fettsäuren um 6,9 Proz. auf 102,8 und der für Kunstschmelze um 10,1 Proz. auf 12,5 zurückgegangen. Der Index für Baustoffe ermäßigte sich nur um 1/2 und liegt damit mit 131,6 immer noch sehr hoch.

Gute Zeiten für Versicherungen.

Wirtschaftsschwierigkeiten zwingen zur Rückdeckung.

Die Sandertonkonjunktur in der Privatversicherung hat auch im Januar angehalten. Nach dem Bericht der Allianz- und Stuttgarter Lebensversicherungsbank wurden 4400 Anträge in der großen Lebensversicherung auf eine Versicherungssumme von 34 Millionen eingereicht; und in der Spar- und Versorgungsversicherung mit monatlicher Beitragszahlung 7200 Anträge auf 9 Millionen Mark Versicherungssumme. Demnach beträgt also der gesamte Monatszugang 11 600 Anträge über 43 Millionen Mark Versicherungssumme.

Der Versicherungsbestand Ende 1930 beträgt nach den vorläufigen Feststellungen 3,15 Milliarden Mark Versicherungssumme gegen 2,80 Milliarden Ende 1929. Der Reingewinn stellt sich also auf 360 Millionen Mark. Dieser starke Zuwachs ist darauf zurückzuführen, daß einmal der Antragzugang in Höhe von 550 Millionen erheblich höher lag als 1929, dem auf der anderen Seite ein verhältnismäßig sehr geringer Abgang an Versicherungen gegenüberstand.

Motorradfabrikation bleibt rentabel.

Nürnberger Vorkriewerke zahlen 5 Proz. Dividende.

Die Fahrrad- und Motorradfabrik Vorkriewerke A. G. in Nürnberg kann auch für das am 30. September beendete Geschäftsjahr 1929/30 einen verhältnismäßig guten Abschluß vorlegen. Die anhaltend schlechte Beschäftigung in der Fahrradabteilung konnte durch die Motorradfabrikation zum Teil ausgeglichen werden. Außerdem hat das Werk mit Hilfe weiterer Rationalisierungsmaßnahmen große Einsparungen bei den Fabrikationskosten erzielt.

Dies zeigt sich darin, daß die Generalkosten von fast 3,0 auf 2,51 Millionen Mark zurückgegangen sind. Auch der Reingewinn hat sich mit 99 000 gegen 175 000 Mark im Vorjahr erheblich gesteigert, was jedoch zum Teil durch die wiederum heraufgehobenen Abschreibungen auf die Anlagen zurückzuführen ist. Gegenüber 1928 sind die Abschreibungen auf die Anlagen um fast 50 Proz. auf 151 000 Mark erhöht. Die Räumung der Lager konnte weiter mit Erfolg durchgeführt werden, und die Warenvorräte werden jetzt nur noch mit 1,29 gegen 1,58 Millionen Mark im Vorjahr und 1,76 Millionen Mark im Jahre 1928 ausgewiesen. Hand in Hand mit der Freimachung der Lager ging eine starke Senkung der Schulden, die von 2,29 bis auf 1,33 Millionen Mark zurückgezahlt wurden.

Die Umlage beim Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat. Für den Monat Januar wird eine Umlage auf die Verkaufsbeteiligung mit 2,25 M. (1,47 M. auf Verbrauchsbeteiligung) erhoben gegenüber 2,15 M. (1,41 M. auf die Verbrauchsbeteiligung) im Dezember 1930.

Reichsbahn und Expedition.

Kampf um das Expeditionsmonopol.

Die seit Jahren wachsende Konkurrenz des Kraftwagenverkehrs hat das Verkehrsmonopol der Reichsbahn durchbrochen, und es ist vom Betriebsstandpunkt der Reichsbahn aus verständlich, daß sie Gegenmaßnahmen unternimmt. Die gegen die Kraftwagenkonkurrenz eingeleiteten Kampfstarke waren ein Schlag ins Wasser, und die Reichsregierung verspürte ihrerseits keine Neigung, dem Kraftwagenverkehr, wie es die Reichsbahn forderte, durch staatliche Maßnahmen Beschränkungen aufzuerlegen.

Die Reichsbahn hat daher jetzt einen anderen Weg versucht. Sie hat, um die hohen Kosten bei der An- und Abfuhr für den Verleiher erträglicher zu machen, beschlossen, ein Bahnexpeditionsmonopol zu schaffen und dieses Monopol der Expeditionsfirma Schenter u. Co. zu übertragen, die zu diesem Zweck eine „Deutsche Bahnexpedition Schenter u. Co. G. m. b. H.“ gründet. Zugleich mit dem Abschluß dieses Vertrages sollen die Rollgeleise gefertigt und für das ganze Reich vereinheitlicht werden. Auf die Einzelheiten dieses Vertrages, der eine grundsätzliche Bedeutung besitzt, kommen wir später noch zurück.

Inzwischen hat der Verein Deutscher Spediteure gegen die Pläne der Reichsbahn und den Monopolvertrag mit Schenter u. Co. protestiert. Es wird von dieser Organisation behauptet, daß dieser Plan der Reichsbahn nicht mehr und nicht weniger als das Ende des freien Speditionsgewerbes bedeute. Das Expeditionsmonopol, das einer einzigen Firma in die Hände gespielt würde, müßte sich derart auswirken, daß es bei Ablauf des Vertrages im Jahre 1935 für dieses Unternehmen ein leichtes sein müßte, dem übrigen Expeditions- und Fuhrwerke den Garaus zu machen. Das Vorgehen der Reichsbahn habe um so größere Entrüstung hervorgerufen, als sie noch im April vorigen Jahres Angebote des Speditionsgewerbes, auf die Kraftwagenverwendung bei dem Sammelverkehr und dem Rahtverkehr zu verzichten, mit dem Hinweis abgelehnt habe, daß die Gründung einer Transportgesellschaft zur Stückgutabfuhr nicht beabsichtigt sei.

Weltagrarkrise und Getreidepolitik.

Deutsch-französisches Zweigespräch im Rundfunk.

Der anlässlich der „Grünen Woche“ in Berlin weilende Pariser Universitätsprofessor Faugeras, Spezialist für landwirtschaftliche Fragen, hielt gestern im Berliner Rundfunk ein Zweigespräch mit dem Genossen Dr. Fritz Baade über die Weltagrarkrise und internationale Getreidepolitik.

Im Kernpunkt der Unterredung stand die Frage der „politischen Getreidepreise“ in fast sämtlichen Ländern. Baade stellte fest, daß ein Weltmarktpreis von 60—70 M. für die Tonne Roggen, Gerste und Mais und von 90—120 M. für die Tonne Weizen weit unter den Produktionskosten aller Länder liege und es bestände auch bei Rußland kein Zweifel, daß russisches Getreide weit unter den Selbstkosten auf dem Weltmarkt angeboten werde. Faugeras entgegnete, daß die staatlichen Eingriffe in Deutschland den Erfolg gehabt hätten, den Anteil der landwirtschaftlichen Einfuhr von 34,8 Proz. im Jahre 1926 auf 28,4 Proz. im letzten Jahre herabzubringen, aber das Hebel liege darin, daß die von den einzelnen Staaten angewandten Mittel zur Stützung ihrer Landwirtschaft sich einander widersprächen und daher, international gesehen, alles andere als eine Befriedung herbeiführten. Fast jeder Staat habe zugunsten seiner Landwirtschaft Maßnahmen ergriffen: Neben Deutschland hätten auch Frankreich und Belgien ihre Zölle erhöht. Wie die nordamerikanischen Farmer von dem Farm Board, einer landwirtschaftlichen Regierungsstelle, Mindestpreise für Weizen verlangt und in gewissem Umfang auch erhalten haben, so haben die französischen Weizenbauern Mindestpreise gefordert, die fast genau dem in Amerika festgesetzten Stand entsprechen. Auch in Kanada wurde staatliche Finanzhilfe für die weizenbauende Landwirtschaft in Anspruch genommen, während Australien seine Schwierigkeiten mit Hilfe seines Ausführungsmonopols überwinden wollte. Trotz aller dieser Maßnahmen sei die internationale Agrarkrise nicht gemildert worden.

Baade wies in diesem Zusammenhang auf das deutsch-polnische Roggenabkommen hin, das der erste Schritt zur Lösung dieser Probleme auf internationalem Wege gewesen sei. Diese Frage, so schloß Professor Faugeras die Unterredung, sei allerdings nur international zu lösen und gipfeln in dem Problem, der ackerbauenden Bevölkerung ihre Existenz zu sichern, ohne andererseits die industrielle Bevölkerung durch zu hohe Preise auszubeuten. Es sei die Pflicht des Völkerbundes und des Internationalen Agrarinstituts, sich energisch mit der Lösung dieses Problems zu befassen.

Industrielle Planwirtschaft in Rumänien.

In Rumänien hat der Minister für öffentliche Arbeiten einen Gesetzesentwurf zur Einführung einer industriellen Planwirtschaft vorgelegt, über den die industriellen Unternehmer sehr erbittert sind. Sämtliche Industrie- und Handelsunternehmungen sollen krassenweise verpflichtet werden, Syndikate zu bilden, die einer staatlichen Oberaufsicht unterstellt werden. Die Gründung eines neuen Unternehmens wird von der Genehmigung der Syndikate abhängig gemacht. Ebenso steht der Gesetzesentwurf die Regelung der Preise und der Produktionsquoten durch die Syndikate vor. An der Spitze der einzelnen Syndikate soll jeweils ein Regierungskommissar stehen.

Rumänien ist in erster Linie ein Bauerland. In Rumänien gibt es keinerlei Marxismus, dennoch gibt es Gesetzentwürfe von bürgerlichen Regierungen, die das Ziel verfolgen, die kapitalistische Industrie planwirtschaftlich zu organisieren und der Kontrolle des Staates zu unterwerfen. Was die kapitalistischen Unternehmer zu einem Nachdenken veranlassen sollte.

Lohnabbau und Rekorddividende. Zu unserer am Sonnabend, dem 7. Februar, unter vorliegender Ueberschrift veröffentlichten Bilanzkritik des Siemens-Konzerns wird uns von der Verwaltung beruhigend mitgeteilt, daß die ausgezahlte Dividendenkulme nicht 2,3, sondern 17,8 Millionen Mark betrage. Diese geringere Summe erreichte sich daraus, daß von den 9 Millionen Mark Dividendengeldern der Siemens-Schubert-Werke 4,6 Millionen Mark an Siemens u. Söhne fließen, die bereits wieder in dem Reingewinn bzw. der Dividendensumme dieser Gesellschaft enthalten seien.

Husten Sie? dann Reichels Hustentropfen

Flasche Mk. 0,70 und 1,35, in Apotheken und Drogerien, sonst durch OTTO REICHEL, Berlin 30, Eisenbahnstraße 4, Vorlagen Sie kostenlos das reich illustrierte Buch „Guter Rat in gesunden und kranken Tagen“.

Der Wahnsinn des Lohnabbaus.

300 Arbeiter — 327 Millionen Ueberschuß — und Lohnabbau!

Vom Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, Ortsgruppe Berlin, wird uns folgendes geschrieben:

Der allgemeine Ansturm der Unternehmer auf die Löhne rief auch die Reichsmonopolverwaltung für Branntwein auf den Plan. Sie beauftragte die Tarifstelle des Arbeitgeberverbandes der Getränkeindustrie, das für die sechs Betriebe mit der Arbeiterorganisation abgeschlossene Lohnabkommen zum 31. Januar zu kündigen. An einer Verhandlung der Lohnkommission mit den Vertretern des Arbeitgeberverbandes Ende Januar nahmen auch einige Herren der Reichsmonopolverwaltung teil, ohne daß in der Einladung gesagt war, um was es bei dieser Verhandlung gehen sollte. Schließlich erfuhr die Lohnkommission, daß ein Lohnabbau von 10 Proz. gefordert werden soll.

Die Vertreter der Reichsmonopolverwaltung wollten von den Arbeitervertretern die bindende Erklärung haben, daß sie mit einem Lohnabbau prinzipiell einverstanden seien! Dieses Ansinnen wurde ganz entschieden abgelehnt, zumal von einem von der Regierung gleichzeitig in Aussicht gestellten Preisabbau der notwendigen Lebensmittel immer noch sehr wenig zu merken ist. Der Vertreter des Arbeitgeberverbandes kam nun mit der verletzenden Drohung, was der Verband wohl tun wolle, wenn außer der Kündigung des Lohnabkommens

auch der Manteltarifvertrag gekündigt

würde. Die Organisationsvertreter erklärten, daß auch diese Drohung nicht genüge, um die Arbeiterschaft einem Lohnabbau gefügig zu machen. Die Drohung wurde am 31. Januar verwirklicht: der seit 7 Jahren bestehende Manteltarifvertrag wurde zum 31. März gekündigt.

Am 3. Februar war ein vom Arbeitgeberverband veranlaßter Termin wegen des Lohnabbaus vor dem Schlichtungsausschuß. Der Vertreter des Arbeitgeberverbandes machte im Beisein der Herren von der Reichsmonopolverwaltung folgende Ausführungen:

Wenn von dem Vertreter der Gewerkschaft bezüglich der Kündigung des Manteltarifvertrags darauf hingewiesen wird, diese Kündigung sei als Druckmittel zur Gefügigmachung der Arbeiter gedacht, um einen Lohnabbau zu erzwingen, so trifft das zu.

Sollte der Schlichtungsausschuß unsere Wünsche auf Lohnabbau nicht genügend berücksichtigen, so müssen wir uns vorbehalten, dieses Ziel durch Änderungen von Bestimmungen im Manteltarifvertrag zu erreichen.

Der Schlichtungsausschuß folgte dem Antrag der Reichsmonopolverwaltung

und verkündet in seinem Schiedsspruch, daß ab 1. Februar 1931 die Löhne um 2 M. und ab 1. April 1931 um eine weitere Mark gekürzt werden sollen.

In den Betrieben oder Betriebsabteilungen, in denen die Arbeitszeit um mehr als 8 Stunden für die Woche gekürzt ist oder eine solche Kürzung bis zum 31. März d. J. vorgenommen wird, sind die bisherigen Löhne bei der Entlohnung zugrunde zu legen. Dauer des Abkommens bis 30. Juni 1931.

Eine Funktionärversammlung lehnte den Schiedsspruch einstimmig ab. Die Organisation wurde beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zur Abwehr zu treffen. Allgemein wurde zum Ausdruck gebracht, daß bei einem

Ueberschuß der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein von 327 Millionen Mark

ein Lohnabbau für 300 Arbeiter für die Unkostenentlastung gänzlich bedeutungslos ist. Die Arbeiter aber trifft ein Lohnabbau besonders schwer. Vom Schlichter wird daher erwartet, daß er den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung ablehnt. Ebenfalls erwartet man die Zurücknahme der als Druckmittel benutzten Kündigung des Manteltarifvertrags. Schließlich noch eine Frage an den Reichsfinanzminister, dem die Reichsmonopolverwaltung für Branntwein unterstellt ist: Zu den 327 Millionen Ueberschuß würden im günstigsten Falle noch 50 000 M. für das ganze Jahr hinzukommen, wenn der Lohnabbau durchgeführt werden würde. Diese 50 000 M. bedeuten für den Reichshaushalt nichts, für 300 Arbeiter und ihre Familien aber die Möglichkeit, nicht von der Hand in den Mund zu vegetieren. Ist das eine gesunde Finanzpolitik, Herr Dietrich?

Probleme der Arbeitslosigkeit.

Wie sie der Präsident der Reichsanstalt sieht.

Auf einer Tagung des Gewerkschaftsrings hielt am Montag der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Syrup, einen Vortrag über „Probleme der Arbeitslosigkeit“.

Bei der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge sei die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten vielfach kritisiert worden. Man könne aber der Gesellschaft keinen Vorwurf daraus machen, daß sie kein Kapital aus dem Ausland bekommen habe; denn nach Angaben des Reichsamtpräsidenten habe der Ausgang der Wahlen dazu geführt, daß die monatliche durchschnittliche Auslandsremittenz in Amerika

von 876 Millionen im September auf 8 Millionen Dollar zurückgegangen sei, und daß wir im Oktober überhaupt keine Auslandsremittenz gehabt hätten.

Inzwischen habe sich die Gesellschaft durch Zwischenkredite gehalten.

Den öffentlichen Hochbau bei Kostlandsarbeiten zu berücksichtigen, sei falsch (warum?), eher könnte man die ländlichen Siedlungen heranziehen. Unmöglich sei die Unterstützung einzelner Betriebe aus öffentlichen Mitteln. Werde ein Werk unterstützt, komme die ganze Industrie. Auch der Reichsfinanzminister habe bei seinen Plänen nicht an eine Subventionierung von Einzelbetrieben gedacht, sondern an eine Gruppenunterstützung.

Die Einführung der Kurzarbeit werde auch von der Reichsanstalt unterstützt.

damit der Zusammenhang zwischen Arbeitnehmern und Betrieb nicht zerrissen werde. Auch die Gewerkschaften gäben sich keinen Illusionen hin, daß durch Arbeitszeitverkürzung allein die

Arbeitslosigkeit behoben werden könne. Die Einführung eines 9. Schuljahres würde die Reichsanstalt um 125 000 Personen oder 22 Millionen Mark entlasten. Mit 22 Millionen Mark ließe sich aber eine Finanzierung des 9. Schuljahres nicht durchführen, besonders, wenn man noch Erziehungsbeihilfen geben müßte.

Der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht sei völlig utopisch.

Auch der freiwillige Arbeitsdienst würde auf erhebliche Schwierigkeiten, insbesondere bei der Art der Arbeit, stoßen. Die persönlichen und Arbeitskosten bei einem Arbeitsdienst von 100 000 Personen würden, abzüglich des freierwerbenden Unterstützungsbetrages der Reichsanstalt, 150 Millionen Mark betragen. Man müsse also in dieser Frage äußerst vorsichtig vorgehen und erst genauere Berechnungen anstellen. In all den Vorschlägen stehe ein guter Kern (?), eine Lösung des Problems könne aber

nur eine vernünftige Finanz- und Wirtschaftspolitik

bringen. Zum Schluß gab Dr. Syrup der Hoffnung Ausdruck, daß die Anzeichen eines Konjunkturaufschwungs nicht trügen, und wir bald zu einer Konsolidierung unserer Gesamtpolitik kommen müßten.

Ohne uns mit den Ausführungen von Dr. Syrup in allen Punkten zu identifizieren, verweisen wir auf den Kern seiner Vorschläge: eine vernünftige Finanz- und Wirtschaftspolitik, Arbeitsförderung, Ablehnung der Arbeitsdienstpflicht und der Subventionierung der Betriebe. Wir würden wünschen, Herr Dr. Syrup nimmte klarer Stellung zur Frage der finanziellen Beläge für ein großzügiges Wohnungsbauprogramm. Aber schließlich ist dies in erster Linie Sache der Reichsregierung.

Industrien verschwinden aus Berlin.

Bilanz der Fabrikarbeiter.

Die Berliner Fabrikarbeiter hielten am Sonntag im Gewerkschaftshaus ihre Jahresgeneralversammlung ab, in der die Ortsverwaltung vor den Funktionären Rechenschaft ablegte über ihre Tätigkeit im vorigen Jahr.

Wie in fast allen Organisationen konnte auch der Bevollmächtigte der Fabrikarbeiter, Genosse Küder, nicht die Erfreulichen über das Vorjahr berichten. Zu Ende des Berichtsjahres waren 31,9 Proz. der Mitglieder arbeitslos und 16,1 Proz. mußten verkürzt arbeiten.

Es ist der Ortsverwaltung erfreulicherweise trotzdem gelungen, im vorigen Jahre nicht nur alle Angriffe auf die Löhne erfolgreich abzuwehren, sondern darüber hinaus noch in einzelnen Branchen Lohn erhöhungen herauszuholen. Besonders günstige Tarifabschlüsse konnten in der Schallplattenindustrie erzielt werden, was nicht zuletzt auf das gute Organisationsverhältnis der Arbeiter dieser Branche zurückzuführen ist.

Im Zusammenhang mit der Besprechung der Mitgliederbewegung wandte sich Genosse Küder dann dem gewerkschaftsfeindlichen Treiben der A.D. zu. In der „Roten Fahne“ ist behauptet worden, die Zahlstelle Berlin des Fabrikarbeiterverbandes hätte im vorigen Jahre über 4000 Mitglieder verloren. Das ist eine der üblichen schmutzigen Verleumdungen, die ausgeteilt werden, um über die Unfähigkeit der neuen kommunistischen „Gewerkschaftsführer“ hinwegzutäuschen. Die Berliner Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes hat im vorigen Jahr 958 Mitglieder verloren, so daß die Eröffnungsbilanz für das Jahr 1930 8386 Mitglieder aufweist. Die Hauptursache des Mitgliederrückgangs liegt darin, daß ganze Industrien aus Berlin verschwinden und ihre Produktionsstätten in die Provinz verlegen, besonders in der Glas- und Porzellanindustrie. Auf die „Agitation“ der A.D. ist der Mitgliederabgang am allerwenigsten zurückzuführen.

Die Wahlen der Delegierten zur Generalversammlung haben gezeigt, daß diese sogenannte Opposition im Fabrikarbeiterverband

tot ist. Die Ortsverwaltung wird trotzdem die Augen offen halten und rücksichtslos gegen jedes Mitglied vorgehen, das die A.D. ideell oder materiell unterstützt. Ein ebenso entschiedenes Vorgehen kündigte Genosse Küder gegenüber der Brandler-Opposition der sogenannten A.D. an, falls sie hinsichtlich der Verunglimpfung der Gewerkschaften und ihrer Führer sich nicht bald ändern sollte.

Anfolge der starken finanziellen Anspannung durch die Unterstützungen ist der Bestand der Volkspartei im Laufe des Berichtsjahres von 70 311 M. auf 88 553 M. zurückgegangen.

Nach einer kurzen Ansprache, in der die Tätigkeit der Ortsverwaltung vollumfänglich anerkannt wurde, nahm die Generalversammlung zwei für die Mitglieder der Organisation sehr wichtige Entscheidungen an. In der einen gegen drei Stimmen angenommenen Entschließung wird die Spaltung der Gewerkschaften durch die A.D. scharf verurteilt und der Beschluß des Hauptvorstandes begrüßt, wonach alle Mitglieder ausgeschlossen werden, die diese Neugründungen ideell oder materiell, direkt oder indirekt unterstützen. In der anderen einstimmig angenommenen Entschließung wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, in allen Betrieben Betriebsräte zu wählen. Gleichzeitig wird auf die Folgen der Kandidatur von Verbandsmitgliedern auf gegnerischen Listen aufmerksam gemacht. Die zum Schluß vorgenommene Wahl der engeren Ortsverwaltung erfolgte einstimmig und zwar entsprechend den Vorschlägen der erweiterten Verwaltung.

Reichswehr und Arbeitslosigkeit.

Was noch zu tun bleibt.

Der Reichswehrminister hat vor einigen Tagen an seine nachgeordneten Dienststellen eine Rundverfügung ergehen lassen, wonach Arbeitnehmer, die das 65. Lebensjahr überschritten haben, aus dem Dienstverhältnis zu entlassen sind. Ausnahmen sollen nur in ganz besonders gelagerten Fällen gestattet werden, wobei stets die Genehmigung des Reichswehrministeriums eingeholt werden muß.

In Hinblick auf die furchtbare Arbeitslosigkeit wird man diese Maßnahme nur begrüßen können, zumal für den größten Teil der Arbeitnehmer im Bereich des Reichswehrministeriums eine Ruhegeldversicherung besteht. Man darf auch erwarten, daß schließlich von allen Reichs- und Staatsbehörden ähnliche Anordnungen vor allem überall da getroffen werden, wo eine solche Ruhegeldversicherung vorhanden ist. Wo sie nicht existiert, muß dafür Sorge getragen werden, daß die überalterten Arbeiter bei Entlassung zur gesetzlichen Altersrente noch einen Zuschuß erhalten.

Der Reichswehrminister hätte, wenn er sich einmal genauer umsehen wollte, noch verschiedene Möglichkeiten zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit. Er wird es z. B. kaum verantworten wollen, daß Offiziere, die pensioniert werden, am nächsten Tag sofort bei ihrer Dienststelle wieder in Arbeit treten und dort mit Arbeiten beschäftigt werden, die jeder z-befähigte Angestellte ebenso gut erledigen kann.

Zur Beschaffung von Arbeit könnte ferner vom Reichswehrministerium auch dort etwas getan werden, wo man, wie z. B. vor einiger Zeit bei der Wehrkreiswaffenmeisterei in Hannover, für einige Wochen und Monate Arbeitskräfte braucht. Man muß dann natürlich auch solche Arbeitskräfte einstellen und darf nicht gegen den Willen der Arbeiterschaft die Arbeitszeit von 48 auf 51 Stunden erhöhen. So etwas ist gegenwärtig einfach nicht zu verantworten. Schließlich wäre es auch an der Zeit, daß den Militärmusikern angesichts der katastrophalen Arbeitslosigkeit der Berufsmusiker das Musizieren gegen Entgelt unterliegt wird.

Auch im Bereich der Reichsmarineleitung sieht es in der Arbeitszeit recht böse aus. Seit Monaten bemühen sich die Gewerkschaften, die Arbeitszeit auf wenigstens 48 Stunden pro Woche herunterzubringen. Alle ihre Bemühungen scheiterten jedoch an dem Widerstand der Ministerialbürokratie. Es sind jedoch nicht die Arbeiterreferenten des Ministeriums, die Schwierigkeiten machen. Die Arbeiterreferenten können sich nicht durchsetzen. Sind sie etwa nur Uttrappen? Das den Organisationen längst gegebene Versprechen, den Arbeiterreferenten mehr Recht einzuräumen, muß vom Reichswehrminister endlich einmal eingelöst werden.

Ausperrung in Oberschlesien.

Um Lohnabbau zu erzwingen.

Im ober-schlesischen Erzbergbau haben die Arbeiter nunmehr die von ihnen angeordnete Ausperrung, von der 2500 Arbeiter betroffen werden, durchgeführt.

Die Ausperrung hat ihre Ursache in einem Lohnkonflikt. Es war ein Schiedsspruch gefällt worden, der einen sechsprozentigen Lohnabbau vorschlug gegenüber einer Abauforderung der Arbeitgeber in Höhe von 12 Proz. Der Spruch war vom Reichsarbeitsministerium jedoch nicht für verbindlich erklärt worden. Die Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung ist nur allzu begreiflich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Tariflohn in der Spähe ganze 6,08 M. beträgt.

Nach dem Hungerlohn Ausperrung! So machen die Grubenverwaltungen Sozial- und Grenzlandpolitik. Die Führung der Abwehr der Ausperrung liegt jetzt in der Hand der Bergarbeiterverbände.

Patriotismus und Profit.

Hamburg, 9. Februar.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, soll der Dampfer „Bogland“ der Reederei Bogemann bereits am Dienstag wieder auslaufen, doch ist noch keine vollständige Mannschaft angeheuert worden. Die ursprüngliche Besatzung, die mit dem Dampfer „Bogland“ vor einigen Tagen zurückgekehrt ist, war auf die Kündigung durch die Reederei hin bis auf einen Ingenieur vollständig von Bord gegangen. Eine daraufhin durch Feuerboots vermittelte Mannschaft hat, sobald sie von dem wahren Sachverhalt Kenntnis erhielt, ebenfalls größtenteils auf die Anheuerung verzichtet. Die seemannischen Berufsverbände sind der Ansicht, daß die Reederei wohl einige unorganisierte Seeleute sowie auch Ausländer für ihre Schiffe erhalten werde, daß sie aber angesichts der sicher zu erwartenden schlechten Erfahrungen bald von selbst wieder zu dem deutschen Brauch zurückkehren werde.

Streik in den Kieler Brotfabriken und Brauereien.

Kiel, 9. Februar.

Die Beseitigung der Kieler Brotfabriken und Brauereien sowie der Brennerien sind heute in den Zustand getreten. Für die genannten Betriebe war durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses eine Herabsetzung der bisherigen tariflichen Löhne um 5 bis 6½ Proz. ab 1. März vorgehoben. Während die Gewerkschaften den Schiedsspruch ablehnten, haben die Unternehmer dessen Verbindlichkeitsklärung beantragt.

Um die Löhne der schlesischen Landarbeiter.

Breslau, 9. Februar.

Der am 30. Januar gefällte Schiedsspruch für die schlesische Landwirtschaft, wonach der für das Jahr 1930 gültige Lohnsatz ab 1. Februar 1931 bis 31. Dezember 1931 unverändert in Kraft gesetzt wird, ist von den Arbeitgebern abgelehnt worden. Die Arbeitnehmer haben den Schiedsspruch angenommen und Verbindlichkeitsklärung beantragt. Von dem Schiedsspruch werden etwa 300 000 landwirtschaftliche Arbeitnehmer in Nieder- und Oberschlesien erfaßt.

Buchbinder und Buchbinderei-Arbeiterinnen!

Die Firma Carl Sabo, Wilhelmstraße 132, ist für Buchbinder und Buchbinderei-Arbeiterinnen wegen Lohnminderungen gesperrt. Bei der Firma Sabo wird die von den Kommunisten herausgegebene „Arbeiter-Ilustrierte Zeitung“, W.Z., hergestellt und von Buchbinderei-Arbeiterinnen gefertigt. Die Firma Sabo weigert sich, tariflich zu entlohnen. Das Angebot der Firma liegt etwa 25 Proz. unter den tariflich festgelegten Bedingungen. Vor Arbeitsaufnahme wird gewarnt.

Falls der Versuch gemacht wird, in anderen Buchbindereibetrieben diese Arbeit fertigzustellen, bitten wir um Mitteilung und bis zur endgültigen Klärung die Fertigstellung dieser Arbeit abzulehnen.

Die Ortsverwaltung.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anarckisten

Beule, Dienstag, Abend folgende Veranstaltungen: 1. Rathmann: Jugendheim, 2. Freitag, 16. 19. Ausflugsabend: Neue Zeit — neue Wenden, — 4. Freitag: Jugendheim, 4. Freitag: Wladimir aus der Anarckistenverlesung, 5. Freitag: Kurt Krause, — Die Mitglieder des Erwerb- und Erwerbsbüros kommen heute zur Vorbereitung wichtiger Angelegenheiten im Verbandssaal um 20 Uhr zusammen. Der Lebensabend fällt daher aus. — Freitag zur Jugendbuchreihe der Volkshäuser am 20. und 21. März sind um 20 Uhr im Jugendklubsaal zu haben.

schützt vor Grippe
bei Husten
Heiserkeit
LICHONID
und allen Erkrankungen
der Atmungsorgane
erfrischend
u. belebt

